

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stainingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreifachbaltige Beitzelle oder deren Raum 20 A.

Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Flugdrift- verbreitung und Hausagitation!

Inhalt: Frischauf! — Straßfällige Fahrlässigkeit am Bau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausberrungen, Maßregelungen, Differenzen. Veranstaltung des Verbandsvorstandes: Jahresberichte der Gewerkschaften: Breslau, Köln, Hamburg. Berichte. Beiträge zum Schlichtungs- wesen. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen. — Gewerbl. Reichsflieg. und Arbeitsvermittlung. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Frisch auf!

Wenn nicht alles trägt, gehen wir nunmehr mit vielen Schritten dem Frühling entgegen. Noch sind zwar die Bäume kahl und wir sind noch weit entfernt von der Zeit, wo es grünt und blüht in der Natur. Aber es keimt und knospet und auch im Menschenherzen keimt neue Hoffnung, neuer Tatendrang. Und wer hätte ein größeres Recht auf die Hoffnung nach einem besseren Dasein, aber auch eine höhere Pflicht, den Drang nach Verbesserung seiner Lebenshaltung zu betätigen, als der Maurer, der handwerkliche Arbeiter? Schmale Löhne bei allzulanger Arbeitszeit, häufig schlechte Behandlung und fortgesetzte drohende Lebensgefahr sind leider immer noch die Regel im Baugewerbe. Unter solchen Verhältnissen erwirbt der Maurer den Sommer hindurch sein farges Brot. Aber noch bedrückender wird die Trübsal, wenn im langen, harten Winter gänzliche Erwerbslosigkeit eintritt. Diese trübselige Zeit geht nun einmal wieder auf einige Monate zu Ende. Bald regen sich wieder Hunderttausende fleißiger Hände auf den Bauplätzen, um Gärten und Paläste, Zwingburgen des Geistes und des Körpers, wie Stätten der Kunst und Wissenschaft entstehen zu lassen.

Die Arbeit, die Quelle aller Kultur und aller materiellen und geistigen Güter der Menschheit, kommt freilich auch jetzt noch nicht zu ihrem Recht. Nicht nur, daß das volle Menschenrecht dem Arbeiter immer noch vorenthalten wird, er ist auch nach wie vor ein Spielball in den Händen der Kapitalisten, die sowohl mit der menschlichen Arbeitskraft wie auch mit den von ihr erzeugten Gütern gewissenlosere Spekulation betreiben. Hierin sollte endlich gründlich Wandel geschaffen werden.

Sa, es soll und muß anders werden! Das haben mit uns schon oft Millionen von Kollegen und Genossen angefochten. Hinterher sind wir aber immer auf so viel Gleichgültigkeit und Mißlosigkeit gestoßen, daß es den meisten der guten Vorsätze an der nötigen Kraft zur Durchführung gebrach. Wenn wir das direkte Arbeitsverhältnis betrachten, ist es freilich nicht mehr so schlimm als vor zehn und zwanzig Jahren. Der Lohn ist in weiten Gebieten des Deutschen Reiches beträchtlich erhöht; in geringerem Umfang ist auch die Arbeitszeit verfürzt worden. Eine kleine und doch sehr hoch zu veranschlagende Besserung ist auch bezüglich des Bauarbeiterlohnes und der Behandlung erzielt worden. Aber diese Errungenschaften können nur erst als kleine Anfänge zu einem menschenwürdigen Dasein betrachtet werden.

Und wer hat den Maurern Deutschlands diesen Boden, auf dem sie auf das ernsthafteste weiter arbeiten müssen, geschaffen? Der unentwegte Kampf einer entschlossenen Schar von Kollegen, die, verbunden im Zentralverband der Maurer Deutschlands, es sich zur Aufgabe gemacht hatte und hat, ihre indifferenten

Mitarbeiter aufzuklären über ihre Lebens- und Klassenlage und dem Unternehmertum mit allen zulässigen Mitteln bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzurufen. Der Zentralverband der Maurer ist bei diesem Kampfe groß und stark geworden, seine Mitgliederzahl ist nicht weit von 200 000, seine Wirkung geht jedoch weit über diese Zahl hinaus. Seine Kraft und sein Wirkungsbereich müssen aber noch viel größer werden. Es gibt noch viele Tausende Maurer, die nicht zu wissen scheinen oder nicht begreifen wollen, daß auch sie sich dieser Kämpferschar einreihen, daß auch sie dem Zentralverband der Maurer Deutschlands beitreten und darin mitarbeiten müssen; um ihre eigene Lage zu verbessern und das Gesamtwohl der Maurer und Arbeiterschaft fördern zu helfen.

Um die uns noch fern stehenden Kollegen aufzurufen und für unsere Organisation zu gewinnen, ist jetzt die geeignetste Zeit. Der Schrecken des Winters verblaßt, und der Sonnenstrahl, der die Erde empfänglich macht für den ausgestreuten Samen, läßt auch den Menschen neu aufleben und macht sein Herz und Gemüt empfänglich für ein gutes Wort. Infolge der sich jedes Jahr verändernden Arbeitslosigkeit kommen sehr viele Verbandsmitglieder in jedem Frühjahr mit anderen noch indifferenten Kollegen zusammen. Und was diesem und jenem bei dem Befragungsbuch vielleicht lässiger- oder ungeschickterweise nicht gelungen ist, glückt anderen im ersten Anlauf. Aber selbst die Schroffsten oder gar fanatischen Gegner unserer Bestrebungen soll man nicht links liegen lassen. Zumeist ist es doch nur Unkenntnis unseres Ziels und unserer organisatorischen Einrichtungen oder eingebildetes Vorurteil, was die noch ableits stehenden Kollegen von uns trennt. Verlässliche Aufklärung, oftmals ein liebevolles Wort wird die meisten Widerstände überwinden.

Ein vorzügliches Mittel, neue Mitglieder zu werben und sie dauernd dem Verbande zu erhalten, ist die fortgesetzte Agitation auf den Bauplätzen, wozu die Sp- und Ruhepausen immer ausgenutzt werden sollten. Dazu gehört auch die Einweisung von Baubepflichten. Auf allen Bauten, wo fünf oder mehr Verbandsmitglieder arbeiten, sollten sie, soweit es nicht schon geschehen ist, unverzüglich zusammentreten und den Verbandsmitgliedern unter sich damit beauftragen, insbesondere sein Augenmerk auf die Ausbreitung und Erhaltung des Verbandes zu richten und die Wünsche der übrigen Kollegen gegenüber dem Polier und Unternehmer sowohl als auch dem Zweigvereinsvorstand gegenüber zu vertreten. Dadurch wird natürlich die Pflicht jedes einzelnen Kollegen, zu agitieren und etwaigen Indifferenten und Vorkämpfern mit gutem Beispiel voranzugehen, nicht aufgehoben.

Ferner darf auch die Hausagitation nicht vernachlässigt werden und auf keinen Fall darf die Haus- und Baugewerkschaft dazu führen, daß ständig über schlechten Veranstaltungsbefuch geklagt werden muß. Mit allen Mitteln muß die Pflicht der unverbändlichen Kollegialität und Freundschaft geweckt und gestärkt werden. Jeder Kollege muß durchdringen sein von der Notwendigkeit der Organisation, wie auch seine Erkenntnis und sein Pflichtgefühl so stark sein müssen, daß er sich, ohne sich zu überheben, als ein durchaus notwendiges Glied der Organisation fühlt. Wenn es so mit unserem Verbande steht, dann steht er wahrlich gut.

Um die Agitation recht lebhaft zu gestalten und wirksam zu machen, hat der Verbandsvorstand, wie in früheren Jahren, eine kleine Flugdrift herausgegeben, die in den nächsten Wochen zur Verbreitung gelangen soll. Die Schrift wird in einer so großen Auflage hergestellt, daß jeder Kollege, die Verbandsmitglieder eingeschlossen, ein Exemplar erhalten kann und soll. Die Verbandskollegen werden hiermit nochmals ersucht, sich zu der Verbreitung zahlreich zur Verfügung zu stellen. Frisch auf!

Straßfällige Fahrlässigkeit am Bau.

Wie wir in der vorigen Nummer des „Grundstein“ kurz berichtet, sind in Halle a. d. S. neben dem bauausführenden Maurermeister und dem bauleitenden Techniker und Polier auch drei Maurergesellen zu Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil sie fahrlässigerweise ein mangelhaftes Gerüst erbauten, dessen Zusammenbruch den Tod bzw. Körperverletzungen einiger ihrer Mitarbeiter zur Folge hatte. In der Anklageschrift wurde den drei Maurern vorgeworfen, daß sie bei dem Aufbau des Gerüsts ihre Pflichten als gelernte Maurer verabsäumt hätten, wogegen die Angeklagten behaupteten, nur nach den Angaben des Poliers gearbeitet zu haben. Der Polier wurde beschuldigt, daß er das Gerüst nachträglich nicht geprüft und eventuell Verbesserungen angeordnet habe. Gleichfalls wurde dem Techniker vorgeworfen, daß er als Vertreter des Meisters und Meißer des Baues seine Pflicht verabsäumt; er hätte ebenfalls das Gerüst vor Angebrauch prüfen müssen. Dem Maurermeister wurden von vornherein mehr mildernde Umstände bewilligt, als den übrigen Angeklagten, da die Sachverständigen sich dahin ausgesprochen, der oberste Leiter könne sich nicht um alle Einzelheiten in einem großen Betriebe kümmern. Doch mußte von ihm verlangt werden, daß er seinen Stellvertreter in ausreichender Weise informiere über wichtige Angelegenheiten. Dies soll der Maurermeister seinem Techniker gegenüber in bezug auf das Gerüst nicht getan haben. Es wäre seine Pflicht gewesen, dem Techniker besonders einzuschärfen, den Gerüstbau gründlich zu revidieren. Einer der Sachverständigen war weiter der Meinung, daß sich in dem Betriebe des Angeklagten aus falsch angebrachter Sparsamkeit Gewohnheiten entwickelt hätten, die nicht zulässig seien.

Es handelt sich um den Gerüsteinsturz in dem Wühnraum eines Saalhauses (Vollsaal). Der Gerüstrahmen bestand aus Langbäumen und Querriegeln, die mit beiden Enden begn. einem Ende in der Mauer ruhten und mit Stempeln unterstützt waren. Drei Hauptquerriegel waren an jedem Kreuzungspunkt mit den Langbäumen mittels Hansstricke verbunden, während die Stempel durch Eichnagel vor dem Umfallen geschützt waren. Es wurde ein Gerüst über dem anderen angebracht und die Stiefen des folgenden Gerüsts auf die Langbäume begn. Querriegel des nächstunteren Gerüsts gesetzt, bis in einer Höhe von etwa 13 m das Gerüst passierte. Die Langbäume haben auf dem einen Mauerflügel volle Auflage (wahrscheinlich zwecks späteren Durchziehens); in dem anderen jedoch nur eine solche von 15 cm Gehalt; auch die drei Hauptquerriegel lagen etwa 15 cm tief in der Mauer. Das Material wurde mittels eines elektrischen Krans auf das Gerüst gehoben und dann in einem auf Schienen laufenden eisernen Wagen an die Arbeitsstellen befördert. Der Wagen nebst Ladung hat zuweilen ein Gewicht von 4½ Zentnern gehabt. Der Transport des Materials begann auf dem Ende, wo die Langbäume nur 15 cm Auflage hatten, und nach Anstieg

der gerichtlichen Sachverständigen soll die stark vibrierende Langsamtransportbewegung bewirkt haben, daß die Langbäume langsam von ihrer Auflage abgerutscht seien, wodurch naturgemäß die Steifen ebenfalls verschoben und dann halbtot geworden wären. Als dann wiederum ein vollbeladener Wagen auf das Gerüst geschoben wurde, ging dies trichterförmig in die Tiefe, Material und Menschen, soweit sie sich nicht auf die Mauer retten konnten, mit sich reisend.

Die Sachverständigen hoben mit Recht hervor, ein Hauptmangel des Gerüsts sei gewesen das Fehlen jeglicher Diagonalverbindung. Bei einem so hohen Gerüst ist die angewendete Absteifung völlig unzulänglich, auch wenn der Rahmen des Gerüsts, die Langbäume, sicher auf Mauern ruhen. Das sicherste wäre ja gewesen, man hätte von Zimmerern ein abgebundenes Gerüst aufstellen lassen; denn Anleitungen dazu sind genaugenommen gegeben. Wenn man aber die etwas höheren Kosten durchaus scheuen mußte, oder glaubte, daß die angewendete Form die zweckmäßigste sei, so durfte einmal die Diagonalverbindung der Langbäume mit den Stempeln und den Querriegeln unter feinen Umständen fehlen, und zum anderen mußten die Stempel zweifach aufgestellt und mittels Klammern, oder Rattenfüßen gut verbunden werden.

Der Polier führte zu seiner Entschuldigung an, daß er circa 50 Leute zu beaufsichtigen gehabt habe, womit er — den heutigen Gepflogenheiten entsprechend — allerdings mehr als genug beschäftigt war. Keineswegs kann ihm aber als mildernder Umstand angerechnet werden seine weitere Erklärung, er habe sich von der Festigkeit des Gerüsts überzeugt und eine Verschönerung nicht für nötig gehalten. Wir bezweifeln auch, daß ihm diese Erklärung vom Gericht geglaubt worden ist, jedenfalls hat er mit dieser Behauptung seiner Reputation als Polier eines großen Hauses einen derben Stoß versetzt. Meister und Techniker wollen natürlich gleichfalls unschuldig sein. Ganz mit Recht warf der Vorsitzende des Gerichts bei der Vernehmung des Maurermeisters ein: einer schiebt es auf den anderen. Der Meister gab übrigens zu, daß das Gerüst nicht ganz in Ordnung gewesen sein möge; jedenfalls seien die Verstärkungen notwendig gewesen. Der Techniker will nur den unteren Teil des Gerüsts, den er für tadellos hielt, gesehen haben, während des weiteren Aufbaues will er nicht in Halle gewesen sein. Und die Maurer? Sie sind natürlich gleichfalls unschuldig. Der eine hält das obere Gerüst, das er mit erbaut hat, für sehr gut, so daß der Unterbau schlecht gewesen sein müsse; ein anderer will nur nach den Anordnungen des Poliers — der nebenbei der Leichtsinigkeit Zeit beschuldigt wird — gearbeitet haben. Keinem will zum Bewußtsein gekommen sein, daß das Gerüst anders gebaut werden mußte. Bei keinem haben die Gedanken so weit gereicht, daß neben den kurzen Stempeln Standsbäume gestellt und mit ersten nicht bloß durch Stahnnägel, sondern mittels Klammern z. verbunden werden mußten, daß das ganze Gerüst sicher verschwert werden und daß außer dem Arbeitsgerüst in entsprechender Höhe unter diesem mindestens ein vollständiger Gerüstbelag liegen bleiben mußte.

Konnten und mußten die Maurer dies wissen? Wir beantworten diese Frage gleichermäßen wie die Sachverständigen, der Staatsanwalt und das Gericht mit Ja. Dabei machen wir die einschränkende Bemerkung, daß freilich Ausnahmen, viele Ausnahmen zu machen sind. Schlechte Lehre, jugendliche Unerfahrenheit, einseitige Arbeiten, die vom Gerüstbau völlig entzogen, bringen es mit sich, daß eine Reihe von Maurern nicht befähigt ist, den Gerüstbau auszuführen und seine Zweckmäßigkeit zu beurteilen, wie ja auch nicht jeder Maurer alle vor kommenden Maurerarbeiten ausführen kann. Wer sich aber in solcher Lage fühlt, der soll es offen sagen, wenn Anforderungen an ihn gestellt werden, denen er nicht gewachsen ist. Er darf auch fahrlässigerweise über sich und seine Mitmenschen keine Lebensgefahr heraufbeschwören durch Uebernahme von Arbeiten, zu deren Erledigung ihm die Kenntnisse und Fähigkeiten fehlen. Allerdings, sehr häufig liegt der „Anknüppel beim Quind“. Drohende Arbeitslosigkeit drängt manchen in eine Lage, die er freiwillig ganz gewiß nicht gesucht hätte. Das entschuldigt vieles; nichtsdestoweniger muß sich jeder stets seiner Verantwortlichkeit voll bewußt sein und sich auf das ernsthafteste bemühen, sein Bestes zu leisten.

Zu solchen Leuten, denen die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten und langjährige Erfahrung fehlen, glauben wir aber die für diesmal in Betracht kommenden 3 Hallischen Kollegen nicht rechnen zu dürfen. Wir dürfen im Gegenteil annehmen, daß ihnen alle Fähigkeiten eines guten Durchschnittsmaurers innewohnen, und daß sie mit allen in vorstiger Gegend vor kommenden Maurerarbeiten völlig vertraut sind. Dies als richtig vorausgesetzt, haben sie aber grob fahrlässig gehandelt. Bei einigem Nachdenken mußten sie sich doch sagen, mit dieser Bauerei kommen wir nicht zum guten Ende. Widernde Umstände müssen wir aber auch diesen Kollegen in weitem Maße zubilligen. Da ist zunächst die altgewohnte Schluderei und der Drang,

unangenehme Arbeiten (der Gerüstbau, besonders bei nassem Wetter, gehört ja nicht zu den Annehmlichkeiten) möglichst eifrig zu erledigen; dann die verdammenstündige Selbstbeschuldigung: es wird schon gehen; zum dritten die ebenfalls grundschlechte Gewohnheit, so wenig wie möglich aus eigener Initiative zu unternehmen. Der Polier soll angeben, wie es gemacht werden soll. Freilich soll er das, Mäander Unternehmer, wie auch mancher Polier will es ja gar nicht gelten lassen, daß „seine“ Maurer selbständig handeln. Dieser leidliche Zustand hat den verhängnisvollen Gerüstbau mitverschuldet. Weiter, Techniker und Polier, die sich sonst so gern ihrer Ueberlegenheit über den Gesellen rühmen, und die ihr Machtbewußtsein dazu drängt, in den alleruntergeordneten Fällen die Arbeit der Gesellen zu bemäßen und daran herumzudrängeln, tragen daher auch geschärfte mehr Schuld an dem Unglück als die Gesellen, weil sie diesmal ihre anordnende und beaufsichtigende Pflicht völlig vergaßen.

Dies alles in Berücksichtigung gezogen, können wir doch nicht zu einem Nichtschuld für die Maurer gelangen; sie hätten sich trostlos sagen müssen, so dürfen wir die Arbeit nicht angreifen; sie mußten erkennen, daß ein Gerüst, das für Höhen von 5 bis 6 m gerade stabil genug sein mag, für Höhen von 13 m und darüber durchaus untauglich ist. Und wenn ihre Kenntnisse nicht ausreichten, ein einwandfreies Gerüst zu errichten, dann hätten sie durch den Polier sachverständige Hilfe fordern müssen. Wäre ihnen diese verweigert oder wären sie durch ein Gebot des Poliers oder anderer Personen überhaupt gehindert worden, ein besseres Gerüst zu bauen, dann blies ihnen der Appell an die Organisationsleitung und dadurch eventuell an die Baupolizei oder sonst eine sachverständige Körperchaft.

Wir schreiben diese Zeilen wahrlich nicht, um die drei Hallischen Kollegen besonders hart zu tadeln, gewiß auch nicht, um sie nochmals vor der weitesten Öffentlichkeit zu verurteilen. Nein, sie sind für ihr Teil Schuld hart genug gestraft. Was ihnen passiert ist, hätte hundert anderen auch passieren können. Denn nicht die drei in diesem Falle, oder dieser und jener in anderen Fällen, haben eine besondere Gleichgültigkeit und Unselbständigkeit bewiesen, sondern die höchst besagten Eigenschaften, die Wurzel alles Übels, fieden der Arbeiterschaft allgemein noch gar so tief in den Knochen. Daraus resultieren die miserablen Arbeitsverhältnisse, und all die schrecklichen Mißstände auf den Arbeitsplätzen, die Fäulerei und Schlamerei und schließlich die schweren Unfälle, wie uns einer beim Hallischen Volksbauhaus vor Augen getreten ist. Böswilligkeit eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe wird selten dafür verantwortlich zu machen sein, sondern es ist ein allgemeines Übel. Um so schärfer muß es bestraft werden; und das ist der Zweck dieser Zeilen.

Wir ziehen freilich nicht zum ersten Male gegen dies Übel zu Felde. Unablässig rufen wir der Arbeiterschaft zu: Laßt die Gleichgültigkeit hinter euch; laßt euch befehlen von keinem Mannesmut; seid geistig und körperlich regsam und arbeitet täglich an eurer Vervollkommenung. Dann, aber auch nur dann, könnt ihr freie Männer werden. Was aber zur Gefundung der ganzen menschlichen Gesellschaft nötig ist, ist nicht minder nötig für die Gewinnung einzelner Positionen: in unserem speziellen Falle für die Durchführung eines möglichen Bauarbeiterbundes. Wenn hier nicht Einigkeit und Einmütigkeit und ein stark ausgeprägtes Pflichtgefühl aller baugewerblichen Arbeiter mitwirken, dann werden wir nie zu den baulichen Einrichtungen kommen, die notwendig sind, der Lebensgefahr zu wehren.

Was wir bisher an Bauarbeiterbünde haben, ist blühend wenig. Mit Recht fordert die Arbeiterschaft eine reichs-gesekliche Regelung der Grundzüge, ein gesetzlich festgelegtes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Aufstellung der Unfallversicherungsvorschriften und ein ebensolches Recht auf Ausübung der Ueberwachung. Aber auch ein Gesetz, in dem alle Forderungen der Arbeiter berücksichtigt wären, würde allein den Bauarbeiterbünde nicht gewährleisten. Dazu ist nötig, daß die Arbeiter in allen Etiden als tätige Mitbeteiligte auftreten. Die Kontrolle allein tut's nicht; sie ist notwendig, und keinen Augenblick wollen wir es unterlassen, sie nachdrücklich zu fordern. Aber noch notwendiger ist, daß die Bauarbeiterbünde, insbesondere die Maurer, die Fähigkeit (klare Erkenntnis und eisernen Willen) besitzen, mit allen Mißständen tabulara zu machen. Dazu gehört natürlich auch, daß jeder die ihm zugewiesene Arbeit nach den anerkannten Regeln der Baukunst ausführt, sich jeder Fäulerei enthält und auf seiner Stelle die geringste Fahrlässigkeit aufkommen läßt.

Gäbe ein solches Pflichtgefühl schon längst Gemeingut aller Arbeiter sein müssen, so muß es um so energischer angepöbelt werden, je mehr die Fälle häufen, daß Arbeiter zu Gefängnisstrafen verurteilt werden für Eünden, moan sie zwar nicht unbetätigt sind, die aber doch in erster Linie dem Unternehmer, dem kapitalistischen System, zur Last fallen. Merken diese Zeilen dazu beitragen, daß die Maurer bald aufwachen aus ihrer lethargie.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage. Berlin, den 10. März. Die erste Beratung des Reichsbauhaushalts hat am Dienstag, den 5. März, ihr Ende erreicht. Nicht weniger als acht Sitzungen von meist sehr langer Dauer hat sie in Anspruch genommen. Auch in den letzten beiden Sitzungen gingen die Wünsche, Beschwerden und Anfragen der einzelnen Mitglieder lebhaft und lebhaft durcheinander. Der christlich-sozialer Arbeitersekretär Behrens brachte u. a. die merkwürdige Behauptung auf, daß die dreihundert Millionen sozialdemokratischen Stimmen nicht viel bedeuten, angesichts der Tatsache, daß noch neun Millionen Arbeiter für die bürgerlichen Parteien gestimmt haben. Wo nimmt Herr Behrens denn diese neun Millionen Arbeiter her? Nach seiner Rechnung müßten circa zwölfeinhalb Millionen Arbeiter gestimmt haben. So viel wahlberechtigte Arbeiter gibt es gar nicht! Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt etwas über elf Millionen. Und die Gesamtzahl der abgegebenen Arbeiterstimmen dürfte etwa fünf Millionen betragen, wovon dreieinhalb Millionen auf die Sozialdemokratie entfallen werden, während sich der Rest von anderthalb Millionen auf das Zentrum und die „nationalen“ Parteien verteilen wird. Die dreieinhalb Millionen sozialdemokratischen Stimmen repräsentieren die harte Mehrheit der wahlberechtigten Arbeiter nicht nur, sondern der Arbeiterklasse überhaupt. Also, wo nimmt Herr Behrens die neun Millionen Arbeiter her, die nach seiner Behauptung antizipatorisch gewählt haben sollen? Daß der Herr sich nicht enthalten konnte, einzuklinken in den absurden Vorwurf, die Sozialdemokratie treibe Terrorismus, rechnen wir ihm nicht sonderlich an. Das gebührt ja nun einmal zum Propagandakrieg der „Nationalen“. Aber recht sonderbar nimmt sich dieser Vorwurf bei ihm deshalb an, weil er in einem Atemzuge jammer, daß die sozialistische, wirtschaftlich härteren Unternehmer einen Terrorismus nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen die christlichen Gewerkschaften äben. Wenn letzteres nicht der Fall wäre, nun, über den gegen Sozialdemokraten getriebenen Terrorismus würde sich der Herr gewiß nicht aufregen. Daß er dann ein freihändlerisches und Verfallmündigkeit, ein „für die Arbeiter brauchbares“ Gesetz, der die Reichsfähigkeit der Berufsvereine, fordert, ist nicht ernst zu nehmen. Wir wissen ja, was die christlich-sozialen unter „freihändlerisch“ zu verstehen. Nicht nur in die Behauptung des Herrn Behrens, in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung liege die „Gewinnung der Arbeiterkraft“, und „deshalb müßte das Vorgehen der Arbeiterbewegung Vertrauen schaffen“. Wir haben für diesen unläuternden Weichwörter, der nicht die von den christlich-sozialen gewünschten Erfolge bringen wird, nur ein mitleidiges Lächeln.

Eine eigentümliche Bedeutung gewann der Schluss der Staatsberatung dadurch, daß der Reichstagskanzler auch in den letzten beiden dieser Beratung gewöhnlichen Sitzungen nicht erschien, obwohl sein Stellvertreter, Graf Solowjow, erklärt hatte, Fürst Löw werde „die erste beste Gelegenheit ergreifen“, um auf die weiteren, gegen ihn gerichteten Angriffe zu antworten. Zu den Angriffen, um die es sich bei dieser Antisindung handelte, kommen neue und sehr schwere, so besonders noch von Seiten des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. David. Aber Fürst Löw blieb den Verhandlungen fern. David verabschiedete das Ständeregister der reaktionären Gewalt und der „nationalen“ Parteien. Ein großer Teil seiner vorzüglichen Rede war dem Rückwärtsgewand, daß keine große historische Bewegung so wenig innere Kämpfe gehabt hat, wie die Sozialdemokratie und daß dieser in Wahrheit eine große kulturelle Bedeutung, jenseit, die durch den Irrtum, das Vorurteil, die Lügen und Verleumdungen ihrer Gegner nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Schließlich gab der freisinnigste Abgeordnete Camp noch seine Ansichten über Sozialpolitik. Er behauptete gegen einer sehr ironischen Bemerkung des Staatssekretärs des Innern, daß seine Partei stets für eine gute Sozialreform eingetreten sei, freilich hätte diese Partei sich bemüht, „den Arbeitgebern den gebührenden Einfluß auf die Verwaltung der Arbeiterverhältnisse zu sichern“. Das heißt: die Unternehmer sollen in dieser Verwaltung maßgebend sein; die Arbeiter sollen nichts zu sagen haben! Vom Arbeiterstand in den handwerklichen Betrieben wollen die Herren Camp und Genossen absolut nichts wissen. Das sprach der Herr offen aus, so daß Graf Solowjow ihm entgegen, es werde fortgesetzt gegen ihn gehen und verkommen, und es gebe eben Mächten, die einen Staatssekretär nicht für, sondern gegen Sozialpolitik wünschen. Damit meint der Staatssekretär die Konservativen und die Großindustriellen.

Sodann wurde die erste Lesung der Vorlage, betr. die Vornahme einer Volks- und Betriebszählung im Jahre 1907, vorgenommen. Der grundlegende § 1 der Vorlage lautet:

„Im Jahre 1907 wird für den Umfang des Reichs eine Volks- und Betriebszählung und in Verbindung damit eine Zählung der Personen, für die zu der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung Beiträge entrichtet werden, derjenigen Personen, welche auf Grund der Reichsgesetze Invaliden- oder Invalidenrenten beziehen und der Witwen und Waisen vorgenommen.“

Dazu heißt es in der Begründung: „Der Entwicklungsgang, welchen die deutsche Volkswirtschaft in dem letzten Jahrzehnte genommen hat, rechtfertigt die Annahme, daß seit der Volks- und Betriebszählung vom Jahre 1895 in der Erwerbsfähigkeit der Reichsbevölkerung wesentliche Veränderungen stattgefunden haben. Im Interesse der Gesetzgebung und Verwaltung muß deshalb auf eine Wiederholung der Zählung Bedacht genommen werden. Für alle auf diesem Gebiete zu lösenden Aufgaben ist die genaue Kenntnis der Veränderungen in den Erwerbs- und Berufsverhältnissen der Bevölkerung so notwendig, daß die Beschaffung neuer zuverlässiger, zahlenmäßiger über die Gestaltung unseres Erwerbslebens einen Ausfluß nicht erträgt.“

Nach § 3 dürfen sich die vorzulegenden Fragen, abgesehen von dem Personen- und Familienstande, nur auf die Berufsverhältnisse, und zwar bei Weibern unter 18 Jahren und Männern auch auf diejenige des verstorbenen Vaters beziehungsweise Ehemanns, und auf die sonstige regelmäßige Erwerbstätigkeit sowie auf die reichsgesetzliche Invaliden- und Unfall-

versicherung befehlen. Jedes Einbringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist ausgeschlossen.

Den Tag der künftigen Aufnahme soll § 4) der Bundesrat bestimmen. Schließlich bestimmt der § 5): „Wer die auf Grund dieses Gesetzes an ihn gerichteten Fragen wesentlich wahrheitswidrig beantwortet oder die denjenigen Angaben zu machen verweigert, welche ihm nach diesem Gesetz und den zur Ausführung desselben erlassenen und bekannt gemachten Vorschriften obliegen, wird mit Geldstrafe bis zu 40 Mark bestraft.“

In der Debatte betonte der sozialdemokratische Abgeordnete Koch die Notwendigkeit, daß die Arbeiterorganisationen in die Lage versetzt werden, sich eingehend nach den Fragebogen zu informieren. Allerdings lasse sich mit der Verweis- und Verleumdung, die so sehr notwendige Arbeitslosen- zählung nicht gut verknüpfen. Aber das Reichsamt des Innern sei doch verpflichtet, mit Hilfe der Gewerkschaften die Arbeitslosenstatistik immer mehr auszubauen. Überhaupt muß, wie wir schon öfter im „Grundstein“ dargelegt haben, die neue amtliche Stelle bei allen Zweigen der Statistik einverleitet und regelmäßiges Zusammenarbeiten mit den gewerkschaftlichen Organisationen pflegen. Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen.

Die Erzielung des kolonial-Vertragszwecks ging schneller, als erwartet wurde, von staten. Natürlich ging das nicht ab, ohne kolonialpolitische Debatte, in der sowohl der stellvertretende Reichskanzler als auch der Reichsminister der Finanzen ihren bekannten Standpunkt vertraten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebur überbrachte scharfe Kritik an der ganzen kolonialpolitischen Vorlage. Er erklärte sich, daß er wie am 13. Dezember d. J. so auch jetzt die Kolonialvertragsforderung von 29 Millionen ablehnen und nur 20 Millionen bewilligen werde. Die Vorlage der Regierung fand gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratischen Annahme.

Die erste Beratung des Staatshaushalts für die Monate April und Mai 1907, das notwendig ist, weil bis zum 1. April der Etat nicht erledigt werden kann, führte zur Ueberweisung an die Budgetkommission.

Die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiter- schutzes fordern zwei dem Reichstage vorliegende Anträge. Der eine, eingebracht von der sozialdemokratischen Fraktion, ist ein vollständiger Gesetzesentwurf, den die Fraktion bereits in der vorigen Session vorgelegt hat. Er behandelt in fünf Abschnitten die Einweisung der Bauarbeiter, die Arbeitsverhältnisse, die Befristung der Verträge, die Unfallversicherung und die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften. Der zweite Antrag geht von der Zentrumsfraktion aus. Er beschränkt sich auf folgendes:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbindlichen Bestimmungen zu erlassen:

- a) zunächst bald einen Gesetzentwurf betreffs Abänderung der Gewerbeordnung vorzulegen, in welchem vorgeschrieben wird, daß besondere Beamte für die Bau- kontrolle (§ 139b) in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden;
- b) Bestimmungen zum Schutze der Bauarbeiter auf Grund des § 129a der Gewerbeordnung zu erlassen;
- c) zur Sicherung einer zweckmäßigen Schaltung der Vorschriften aus a und b vor Erlass derselben beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmern unter beiderseitiger Berücksichtigung der berechtigten, gesetzlichen Forderungen (Gewerkschaften, Innungsverbände, Gewerkschaften usw.) Gelegenheit zu gütlicher Verständigung zu geben.“

Zu dieser Stellungnahme in der Frage des Bauarbeiters schützes hatte die Zentrumsfraktion sich schon im vorigen Jahre bekannt. Wir haben damals dargelegt, daß ihre Forderungen unzulänglich sind. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, daß die Bauarbeiter durch Bestimmungen geschützt werden müssen. Unbedingt muß die gesetzliche Regelung erstrebt werden.

Die neue Rechtsstellung der englischen Gewerkschaften. Im Vereinigten Königreich ist die gewerkschaftliche Gastbarkeit der Gewerkschaften für den durch schädigende Maßnahmen ihrer Mitglieder oder Beamten entstandenen Schäden bekanntlich durch ein neues Gesetz geregelt worden. Dieses Gesetz, über das wir bereits einige knappe Mitteilungen gemacht haben, kann als das Ergebnis der seit dem Jahre 1901 aufgetretenen Bestrebungen der englischen Gewerkschaften angesehen werden, die auf eine Reform des Gewerkschaftsrechtes, wie es durch das in jenem Jahre gefällte Urteil des House of Lords geschaffen wurde, gerichtet waren. Während jene Entscheidung des höchsten englischen Gerichtshofes entgegen den bis dahin in Gewerkschaften herrschenden Anschauungen es ausdrücklich für gesetzlich zulässig erklärte hatte, daß ein Gewerkschaftsmitglied unter seinem Namen verklagt und mit seinem Vermögen in Anspruch genommen werden könnte, schränkt das neue Gesetz die Gastbarkeit der Gewerkschaften sehr wesentlich ein.

Das nähere ist aus dem nachstehend in deutscher Uebersetzung wiedergegebenen Wortlaut dieses Gesetzes zu ersehen:

I. Die folgende Vorschrift soll als eine neue Bestimmung nach dem ersten Absatz der Section 3 des Gesetzes über Verschönerung und Schutz des Eigentums vom Jahre 1875 (Conspiracy and Protection of Property Act. 1875) eingefügt werden:

„Eine in Verfolg einer Vereinbarung oder Verbindung von zwei oder mehreren Personen unternommene Handlung soll, wenn sie in Bezug auf oder zur Förderung einer gewerkschaftlichen Streitigkeit geschieht, nicht flagrant sein, es sei denn, daß die Handlung, wenn ohne eine derartige Vereinbarung oder Verbindung begangen, flagrant sein würde.“

II. 1. Einer oder mehreren Personen, die für sich selbst oder für einen Gewerkschaftsmitglied oder für einen einzelnen Arbeitgeber oder eine einzelne Firma in Bezug auf oder

zur Förderung einer gewerkschaftlichen Streitigkeit handeln, soll es gesetzlich erlaubt sein, sich an oder nahe einem Hause oder Plaze, wo eine Person wohnt oder arbeitet oder beschäftigt ist, oder sich zufällig befindet, aufzuhalten, wenn dieses notwendig ist, um die Zwecke des Gesetzes, in friedlicher Weise Nachrichten zu erhalten oder mitzuteilen oder eine Person friedlich zu überreden, zu arbeiten oder sich der Arbeit zu enthalten.

2. Section 7 des Gesetzes über Verschönerung und Schutz des Eigentums vom Jahre 1875 wird hierdurch von den Worten „Warten an oder bei“ bis zum Ende des Paragraphen aufgehoben.

III. Eine von einer Person in Bezug auf oder zur Förderung einer gewerkschaftlichen Streitigkeit unternommene Handlung soll nicht, lediglich aus dem Grunde flagrant sein, daß sie eine andere Person veranlaßt, einen Arbeitsvertrag zu brechen, oder daß sie eine Einstellung in das Gewerbe, Geschäft oder die Beschäftigung einer anderen Person oder in das Recht einer anderen Person, nach eigenem Ermessen über ihr Kapital oder ihre Arbeit zu verfügen, darstellt.

IV. 1. Kein Gerichtshof soll eine Klage zulassen gegen einen Gewerkschaftsmitglied oder Arbeiter oder Arbeitgeber, oder gegen irgendwelche Mitglieder oder Beamte desselben, die sich gegen sie selbst oder alle übrigen Mitglieder wegen irgend einer schädlichen (torious) Handlung richtet, die, wie behauptet wird, von oder für den Gewerkschaftsmitglied begangen sein soll.

2. Nichts in dieser Section soll die Gastbarkeit der Vertrauensleute eines Gewerkschaftsmitglied, soweit sie in den in Section 9 des Gewerkschaftsgesetzes vom Jahre 1871, vorgesehene Fällen belangt werden können, die von einem Gewerkschaftsmitglied oder für einen solchen in Bezug auf eine oder zur Förderung einer gewerkschaftlichen Streitigkeit begangen ist.

Der V. Absatz des Gesetzes enthält u. a. folgende Bestimmungen:

2. In diesem Gesetz die Bezeichnung „Gewerkschaft“ (Trade Union) bedeutet die Bedeutung, wie in den Gewerkschaftsgesetzen von 1871 und 1876 und soll alle dort bezeichneten Verbindungen umfassen mit „Einschluß“ derjenigen, die Zweige eines Gewerkschaftsmitglied sind.

3. In diesem Gesetz sowie in dem Gesetz über Verschönerung und Schutz des Eigentums vom Jahre 1875 bedeutet der Ausdruck „gewerkschaftliche Streitigkeit“ (trade dispute) jede Streitigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern oder zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die mit der Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung, den Arbeitsbedingungen oder den Arbeitsverhältnissen irgend einer Person zusammenhängt, oder in der Industrie „Arbeit“ bedeutet alle im Gewerbe oder in der Industrie beschäftigten Personen, ob sie von dem Arbeitgeber, mit welchem der Streitfall entstanden ist, beschäftigt werden oder nicht. In Section 3 des letztgenannten Gesetzes sollen die Worte „zwischen Arbeitgebern und Arbeitern“ aufgehoben werden.

Die englische Arbeiterkammer darf dieses Gesetz als eine große Errungenschaft erachten.

Maurerbeuerung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Lübeck (Sperre über die Firma Komat aus Stettin), Hamburg: Ochsenwälder (Streik);

Schleswig-Holstein:

Reinbek (Aussperrung);

Mecklenburg:

Kütz (Aussperrung), Erakow (Aussperrung), Wis- münde (Sperre über Scharf & Sohn), Laage (Sperre über Korf), Rostock (Differenzen);

Brandenburg:

Werder a. d. H. (Streik), Luckenwalde (Bauarbeiter- streik);

Pommern:

Bansin (Sperre über Berger), Wolgast (Aussperrung), Pödebach (Sperre über die Seifen- fabrik in Silowau und die Zementfabrik Stern in Finkenwalde);

Ost- und Westpreussen:

Strasburg (Differenzen);

Schlesien:

Waldenburg (Sperre über die Thielssche Porzellan- fabrik in Altwasser), Primkenau (Sperre über den Neubau der Henriettenhütte, auszuführen von der Beton-Baugesellschaft in Glogau);

Königr. Sachsen:

Leipzig (für Maurer) sind gesperrt die Firmen Marion & Kunze, Bahnhofsbauteil, Hessel, Gohlis, Lothringers- und Pariserstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Solr- strasse, Kötha (Sperre über O. Bötcher), Oder- witz (Sperre über Krasing), Meissen (Sperre über die Dampfziegelei in Neu-Sornitz);

Thüringen:

Eisenberg (Streik), Gräfenhain (Sperre über Gonber);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Walsrode (Differenzen), Hannover (Aussperrung bevorstehend);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Kaumburg a. d. S. (Sperre über Emil Müller, Kanonierstrasse), Dessau (Sperre über Lüdike), Goswig (Differenzen);

Rheinland:

Düsseldorf (Sperre über das Röhren- und Blech- wälzwerk Lirenfeld), Mülheim a. d. Ruhr (Sperre über die Thyssenschen Werke);

Hessen:

Mainz (Sperre über die Brückenbauanstalt in Gustavsburg);

Baden-Pfalz:

Kelheim (Sperre über den Unternehmer G. Giessie in Kirchheim);

Bayern:

München (Differenzen);

Friesenleger:

Barmen-Elberfeld (Lohn Differenzen);

Oesterreich-Ungarn:

Teplitz (Streik);

Budapest (Aussperrung);

Dänemark:

Kopenhagen (Sperre über die Plattenhändlerfirma Olsen & Larsen).

In Flensburg herrscht gegenwärtig eine große Arbeitslosigkeit; viele verheiratete Kollegen sind zur Zeit noch ohne Arbeit. Die Kollegen um also gut, Flensburg zu meiden.

„Der Arbeiter“

das Organ der katholischen Fachabteilungen, veröffentlicht folgende Zusätze:

„Berlin. Berliner Arbeitsnachweis, Kaiserstr. 87. Es können circa 1000 bis 2000 Maurer, Zimmerer, Stuckateur, Reger, Maler, Klempner, Bauhilfsarbeiter und Erbschütter, welche in Berlin auf Beschäftigung rechnen, ihre Adressen einreichen an die Zentrale, Kaiserstr. 87. Sozialdemokratisch organisierte Arbeiter werden nicht berücksichtigt.“

Damit ist nun aber alle Zweifel erhoben, daß es sich bei all den schamlosen Manipulationen dieser „Christen“ um die Umwerbung von Streikbrechern handelt. Wir haben zwar nie daran gezweifelt, aber dieser urkundliche Beweis verdient trotzdem festgehalten zu werden.

Gau Berlin. Die Maurer und Zimmerer in Ber- der a. d. S. befinden sich seit dem 4. März im Streik. Sie fordern eine Verlängerung der Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und eine Lohnsteigerung von 50 auf 60 % pro Stunde. Die Unternehmer konnten sich trotz mehrmaliger Verhandlungen nicht entschließen, eine Lohnzulage von 2 1/2 % pro Stunde zu gewähren. Am vierten Streiktag fand eine abermalige Verhandlung statt, und die Unternehmer fanden sich nun bereit, neun einhalb Stunden und 60 % zu bewilligen. Die Gesellen be- standen aber auf Festlegung der neunhündigen Arbeitszeit und des 60 % Stundenlohnes für das zweite Vertrags- jahr 1908. Das lehnten die Unternehmer aber ab. Nach- träglich bewilligten aber von den sieben Unternehmern drei diese Forderung. Zu hier die Maurerarbeiten sehr früh begonnen werden müssen, sie müssen vor Beginn der Baublüte zum größten Teil erledigt sein, so ist die Situation sehr günstig.

In Ludenthalde fordern unsere Kollegen bei neunhündiger Arbeitszeit 50 % Stundenlohn. Die Unter- nehmer verlangten in der Verhandlung am 5. März die Verlängerung des alten Vertrages bis zum 15. April. Wenn sich dann herausstellt, daß das Angebot billiger geworden sei, wollten sie in weitere Verhandlungen über die Lohnhöhe eintreten. Die Verlängerung der Arbeitszeit lehnten sie aber jetzt schon ab. Unseren Vermittlungs- vorschlag auf 48 % Lohn und neunhündigstündige Ar- beitszeit lehnten sie ebenfalls ab, wollten dann aber nach längerem Unterhandeln 1 1/2 % Lohnzulage bewilligen. Die Verhandlungen der Maurer und Zimmerer beendeten, dies Angebot nicht anzunehmen und ohne Vertrag weiter zu arbeiten. Die Bauarbeiter dagegen beschloßen, sofort in den Streik einzutreten. Dadurch sind 120 Maurer seit dem 6. März in Willkürhaftigkeit gezogen worden.

Für das Lohngebiet Königs- Wuster- hagen ist auf neue ein Vertrag auf zwei Jahre ab- geschlossen worden, der im ersten Jahre eine Lohnsteigerung von 7 % und im zweiten eine solche von 3 % festsetzt. Bei Wasserarbeiten sowie bei schmutzigen industriellen Re- paraturarbeiten in heißen Oefen wird ein Aufschlag von 10 % pro Stunde gezahlt. Das Lohngebiet umfaßt die Orte Eismann, Bernsdorf, Schmiedewitz, Schmiedewitzwerder, Niedersdorf, Reuthen, Königs-Wusterhagen, Deutsch Wusterhagen, Hohenheime, Niederheime, Bernsdorf, Neue Mühle, Eichenborn, Reuthen, Wildau und Senzig. Der Lohn beträgt vom 1. April an 67 % und vom 1. April 1908 an 70 % pro Stunde, und zwar in allen Orten. Bisher bestanden im Bezirk zwei Lohnklassen mit einem Lohn- unterschied von 5 %. Von jetzt ab wird im ganzen Bezirk ein Einheitslohn üblich sein.

In Ludenthalde d. S. ist der Vertrag auf zwei Jahre verlängert worden, der Lohn erhöht sich von 55 auf 40 % die Stunde.

Im Lohngebiet Saarmund ist die Arbeitszeit von neunhündig auf neun Stunden herabgesetzt und der Lohn von 55 % auf 60 % erhöht worden. Der Vertrag gilt auf ein Jahr, und zwar bis zum 31. März 1908.

Gau Bremen. Die Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter auf der Insel Wangeroog hat mit der Abschließung eines Vertrages für alle drei Berufe ihr Ende erreicht und den Beteiligten einen schönen Erfolg gebracht. Wie- her erhielten die Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn von 53 %, die Bauhilfsarbeiter einen solchen von 40 %. Der ab- geschlossene Vertrag sieht für die Maurer und Zimmerer einen Stundenlohn von 60 % bei schmutzigen industriellen Ar- beitszeiten und 60 % bei schmutzigen industriellen Ar- beitszeiten vor, und zwar vom 15. März 1907 bis zum 14. März 1909. Vom 15. März 1909 bis 14. März 1910 beträgt der Stundenlohn bei schmutzigen industriellen Ar- beitszeiten 65 %. Für Überstunden werden 10 % und für Sonntagsarbeit 20 % pro Stunde mehr gezahlt. Die Bauhilfsarbeiter erhalten bei derselben Arbeitszeit 50 resp. 55 % pro Stunde.

a 25. Granitz 200 B & 40, 100 B & 30, 200 A & 25, 5 E
a 150. Großhadernsdorf 700 B & 80, 350 L & 5. Glesau
500 B & 40. Gentzin 300 B & 30, 800 B & 35, 300 B & 10,
20 E & 50. Gnietz 100 A & 25. Gotzen 200 B & 45, 100 A
a 25, 10 E & 50. Grünberg l. Polen 300 A & 25. Garg
a. b. D. 10 E & 50, 5 E & 300, 20 A & 25. Giesien 60 E
a 50, 20 E & 150. Gränzing 100 B & 45. Güter 60 E
Gr. & 50. Gülzig 100 A & 25. Gurgall 100 A & 25.
Gr.-Münsterdorf 500 A & 25. Germerborn 60 B & 50, 100 A & 25.
Güttenrode 400 B & 30. Gargarode 10 E & 50.
Silbesheim 200 B & 40, 100 B & 45. Gaimerde 60 B & 35,
10 E & 50, 50 A & 25. Grimsholt 10 E & 150. Sierford 100 A
a 50, 10 E & 150, 500 B & 40. Gaminz 25 E & 50, 400 A
a 25. Galtelhardt 800 B & 30, 800 B & 35. Stra-
berg a. d. Elfer 100 K & 10. Spilsbrohm 50 A & 25, 200 L
a 5. Seiberg 1000 B & 55. Seide 400 B & 45. Seiden-
stein 60 E & 50, 1200 B & 35. Sörre 50 E & 50. Sellman
1200 B & 65, 10 E 150.
Sangerleben 800 B & 50. S., 100-B & 45, 100 R & 25.
100 A & 25. Seridom 100 B & 60, 100 B & 30, 10 B & 50,
10 E & 50, 100 A & 25. Schütz 200 H & 50, 300 B & 50,
100 B & 35, 100 A & 25. Trefen 200 B & 60.
Stapa 200 A & 25. S., 400 L & 10. Starstrüpe 500 B
a 35, 500 B & 30, 1000 A & 25, 200 E & 50. Stäng-
berg l. Br. 1200 B & 40, 4000 H & 65, 1200 B & 45, 1200 A
a 25. Ströngl 100 A & 25. Streunnen 60 B & 60, 50 A
a 25. Stronß 500 B & 30. Storkstaatsen 100 B & 30, 100 A
a 25. Stungsberg l. E. W. 200 B & 30, 10 E & 50. Stern
15 E & 50, 10 E & 150. Stungsweilerhan 100 B & 50,
100 A & 25. Stantenst 100 A & 25. Stungsunter 20 E & 50,
10 E & 150, 5 E & 300, 800 B & 35, 100 A & 25. Steyn
100 A & 25.
Tsch. 50 E & 150. T., 200 A & 25. Tettsin 50 A
a 25. Taufen 200 L & 5. Thibben 200 A & 25, 400 K
a 15. Tiefenstein 20 E & 50. Tibbs b. Nollan 5 E & 50,
50 B & 35, 200 A & 25. Ufden 20 E & 150. Ungewilgen
10 E & 50, 100 B & 40, 100 B & 45. Udden 6 E & 50,
4 E & 150, 200 A & 25. Ummenberg 100 A & 25.
Walten 300 B & 55. W., 1000 B & 35. Wittigk. 90 E
a 50, 5 E & 150. Witten 2 E & 150, 50 A & 25. Wrie-
burg 40 E & 100. Wunheim 50 E & 50, 2000 B & 60,
1000 B & 40, 1000 A & 25. Winden 500 L & 10, 2400 B
a 35. Wülfler 300 A & 25. Wülzburg (Spitzenberg) 500 A
a 25. Wüstn. 300 B & 35, 300. 50. Wittenmatt 200 B
a 55. W. & 65. 100. 50. W. 50. W. 50. W. 50. W. 50.
W. 50. W. 50. W. 50. W. 50. W. 50. W. 50. W. 50.
2000 B & 45, 200 E & 150. Wülzburg 600 B & 65. Wiltow
300 H & 45, 200 E & 30. Wilmersda 5 E & 30. W. K & 25.
Wartburgische 400 B & 50, 400 A & 25, 200 L & 10. Moor-
burg 400 A & 80.
Wamburg 200 B & 30. Wustafz 100 B & 30. Mus-
ranglow 10 E & 50, 25 A & 25. Wümburg 200 R & 30.
Wriegerdorf 30 E & 50. Wombaus 5 E & 150, 300 A & 25,
2000 K & 5. Wreitritz 200 H & 35, 200 B & 30, 100 L & 10.
Weinhalden 100 B & 50, 50 A & 25. Wartenke 5 E & 150,
400 L & 10. Wramatz 500 B & 40, 00 K & 10. Wrensbom
400 L & 15. Wörden 400 B & 50. Wloffen 500 A & 25, 500 K
a 25. Wustfabr a. d. Saardt 200 B & 50.
Wierhof 400 B & 70. A. Dickas 100 B & 45. Oeyn-
hausen 600 B & 35. Ortrand 100 B & 30. Dransburg
200 B & 50, 100 B & 55. Oberant 50 B & 45, Oberberg
200 B & 30, 200 A & 25.
Ragan 200 E & 50. A. 50 A & 25. Reine 500 B & 50.
Rehnnow 10 E & 50, 25 A & 25. Rötig 800 A & 25. Robe-
witz 50 B & 45, 10 E & 50, 100 A & 25. Ritzehausen 100 A
a 25. Reiterhoff 10 E & 50, 100 A & 25, 200 K & 10.
Riechen 10 E & 50. Rolon 100 E & 50.
Ruerfurt 600 B & 30. A. Cneblingsburg 600 B & 35,
400 B & 30, 400 A & 25, 30 E & 50.
Rehda 10 E & 50. A. 50 L & 10. Rethsch 600 B & 35,
100 B & 30, 10 E & 50, 100 A & 25. Ronneburg 400 B & 35.
Rehna 50 A & 25. Reichenbach l. 23. 50 B & 30. Rathenow
600 A & 35. Roth 50 B & 60, 100 B & 30, 200 L & 10.
Röscha 800 B & 40, 200 B & 35. Richtenberg 100 A & 25.
Röscha 300 B & 55, 200 B & 30. Rignsburg 400 A & 25.
Reimersdorf 1000 B & 50, 100 A & 25, 50 E & 50. Mohr
50 E & 50. Reichenhall 2000 B & 50, 1000 H & 35. Maudich
100 E & 50.
Schmalthalen 200 B & 30. A. Schmelmünde 300 B & 30.
Sternberg l. W. 50 A & 25. Sielhagen 20 E & 50, 2 E
a 150, 400 B & 30, 200 L & 10. Sendow 100 B & 30,
100 A & 25. Selgwerder 200 B & 35, 200 K & 15. Schwedl
10 E & 50, 5 E & 150, 100 A & 25. Schwirmitz 200 A & 25.
Seuba 100 A & 25. Sulzungen 100 B & 35. Sonnenburg
100 B & 40, 200 H & 30, 6 E & 150, 100 A & 25, 200 L
a 10. Schmigel 10 E & 50. Straburg l. E. 600 B & 35,
600 L & 10. Stetle 500 A & 25, 3000 L & 5. Schadens-
leben 400 B & 30, 10 E & 150. Schöningen 150 B & 35.
Samgarbauken 500 A & 25. Sprettan 200 A & 25, 200 L
a 10. Sedbin 100 B & 60, 10 E & 50, 100 A & 25.
Strasbourg 100 B & 60, 200 A & 25, 400 L & 10. Solingen
100 E & 50, 400 B & 55. Stadelsborn 600 B & 30.
Strasbourg 10 E & 50, 50 A & 25. Schwednitz 60 E & 50.
Sonnerbe 60 B & 40, 300 B & 35, 50 B & 25. Soltau
20 E & 50, 100 B & 40, 200 B & 45. Schwargenberg 10 E
a 50, 100 B & 50, 100 B & 65, 50 A & 25.
Trebbin 20 E & 50. A. 5 E & 150, 5 E & 300, 200 B
a 45, 100 B & 30, 400 A & 25. Treptow a. d. Toll. 200 B
a 30. Tautenhain 100 B & 35, 100 A & 25. Torgelow
1

A 30, 100 B A 55, 400 A A 25. Büllichau 100 B A 30.
Befau 400 B A 45, 100 L A 20, 1 E A 300.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-
gewählten Vorstandsmitglieder aller Zwiigvereine, die in voriger
Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben.

218 verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der
 Kollegen: Max Krasner-Berlin (1884-86, 295), Walter
 Polme - Leipzig (418 012), Paul Kirsch - Chemnitz (87 611),
 Carl Ortmann-Magdeburg (170 782), Otto Müller-Gutlin (67 589),
 Carl Schöberle - Schwelm (100 291), Ernst, Walter
 Hansenburg (82 585), Georg Walter-Vaynsburg (278 394), Walter
 Meinmann-Gbing (117 314), Valentin Hoffe-Boruss (185 555),
 Joh. Gösmann - Wehlthausen (234 141), Otto Langenau -
 (317 302), Jakob Dörner-München (425 247), Wilh. Vanger-
 Wünnen (233 583), Ernst Müller-Schwibbe (98 510), Christ.
 Rühl III-Walzen (41 039), Aug. Frankhauß-Dresden (254 535),
 Jakob Grunwald II - Varnsdorf (227 765), Wilh. Wilschhof-
 Wolgast (199 449), Joh. Wilmowsky - Dortmund (393 263),
 G. Meber - Muhlbad a. d. Haardt (219 886), Aug. Schradner-
 Gießenkirchen (338 887), Otto Manni-Leipzig (158 613), Carl
 Valste-Zeilbergberg (276 383), Giovanni Cecili-Dresden (315 779),
 Joh. Sollett-Bagen (351 667), Joh. Mohr-Hof a. d. S. (78 505),
 Woldemar Jäger-Chemnitz (249 566), Emanuel, Gustav-Polen
 (245 722), Otto Naumann-Dresden (189 472), Gerh. Eichenfeld-
 Hildbrort (92 136), Germ. Stöckmeier - Magdeburg (42 730),
 Carl Trappe-Vanduer (288 990), Feinr. Rauffe-Elmchenbrunn
 (127 001), Louis Guericke - Halle (24 610), Emil Gottwald-
 Leipzig (38 394), Otto Bengsch-Berlin (268 962), Ph. Wagner-
 Bremen (331 986).

Gefundene Mitgliedsbücher. Die Kollegen Gustav Eyreer aus Kleinschöde und Bruno Grenzel aus Wühlau können ihr Mitgliedsbuch bei uns abfordern.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Hamburg: H. Schwier (Verb.-Nr. 29 346), H. Hiltebrand (212 209); A. Osterlausitz; G. Lutz (805 538).
Nk. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rüch-
stündiger Weiräge ausgeschlossen sind, werden unter dieser
Rubrik nicht bekannt gegeben. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung, den 9. Verbandstag betreffend

Den Delegierten des 9. Verbandstages diene zur Mitteilung, daß sich das Lokalkomitee konstituiert hat. Wir suchen nun die Kollegen, soweit sie besondere Wünsche in Bezug auf Logis haben, dies dem Lokalkomitee sofort mitzuteilen.

Ferner ersuchen wir die Kollegen, die kein Logis vermitteln können, auch dies mitzuteilen.

Sämtliche Kollegen haben am **S a u p t s a b n h o f** auszusorgen, denn nur dort wird das Empfangskomitee, das an weißen Schleifen zu erkennen ist, wohiert sein.

Das Bureau des Lokalfomites befindet sich am zweiten Osiertage in der „Stückaufhalle“ am Laurenzplatz, von wo die Logis vermittelt werden. Sollten Delegierte bereits am ersten Osiertage eintreffen, so wollen sie sich zum „Lokalfomitee“ (Saxoniastr. 129) begeben.

Alle Anfragen sind zu richten an Albert Kreibohm,
Cöln, Severinstr. 199, 2. Et., Zimmer 14.

Jahresberichte der Gausvorstände.

Gau Breslau.

Seit den Krisenjahren 1901/02 hatten wir fast ausnahmslos im ganzen Gau eine sehr rege Bautätigkeit; ja, auch im vorliegenden Jahr. In vielen Orten fehlten schon alte Mauerer, vornehmlich in dem zur Kröbings-Soien gehörenden Teil des Gaues. In Breslau liegt zu Anfang des Herbstes die Konjunktur etwas nach, so daß nur eine kurze Zeit circa 200 bis 300 Arbeiterlos- vorhanden waren, aber sehr bald setzte sie mit voller Kraft wieder ein, bis sie durch den Eintritt des strengen Frostes 14 Tage vorher Weihnachten jääh und dauernd unterbrochen wurde. Nur in Lissa i. P., Trausdorf und Milisch mußte ein Teil der Kollegen in der Fremde Arbeit suchen. In einigen Wohnbezirken, wie die Graßgäß G14, wurden Italiener zur Bewältigung der Arbeit herangezogen, ebenso in Waldenburger Intubiergebiet, wo nach fast in jedem Jahre circa 300 bis 400 böhmische Kollegen arbeiten. In Breslau wurden große staatliche und städtische Bautätigkeiten aufgeführt, nebenbei aber blühte auch der Reigen der Bankeulanten, trotzdem ging die Zahl der leerstehenden Wohnungen gegenüber dem Jahre 1905 um circa 1000 zurück. Es steht also zu erwarten, daß auch für das laufende Jahr genügend Arbeit vorhanden sein wird. Ungünstig wird die Konjunktur dadurch, daß durch den hartesten Winter viele Millionen Ziegel unvermauert geblieben sind, so daß von Materialmangel im Frühjahr, wo wir ihn sonst fast alle Jahre hatten, keine Rede sein kann.

In dem polnischen Teile des Gaus war es die Vorbereitung der königlichen Einziehungscommission noch ungeschaffen, die weiterbetriebene Aufzählung und Partegierung polnischer Güter, die unseren Kollegen gute Arbeitsgelegenheit brachte, und wohl auch weiterhin bringen wird. Ferner gewinnend dieser Teil ungemein durch die im Jahre 1906 fertiggestellte Bahnverbindung Ostrowo-Salmirale-Staffitz-Bargau, so daß hier noch auf eine Reihe von Jahren Überflut an Arbeit vorhanden sein wird. Auch sonst wurde auf den flachen Lande mehr gebaut, da der Bauer, und vornehmlich der Großgrundbesitzer, durch den Zollfrei große Einnahmen hat und diese vornehmlich zur baulichen Verbesserung und Vermehrung seiner Baugüter benutzend.

Es ist selbstverständlich, daß bei solcher Sachlage sowohl den Kollegen an vielen Orten versucht wurde, die hier überaus aus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas aufzuheben, zu bessern. Auch in dieser Hinsicht können wir, wenn auch nicht überall, zugeben. In 15 Zweigvereinen wurden besondere Forderungen gestellt; in 6 davon erledigten sie sich, indem wir auf dem Wege der Verhandlung zum Ziele kamen; in 9 Orten konnten es zum Streik, den wir in 3 Orten zu einem allgemeinen Streik führen konnten während wir in einem

Drei unser Ziel nicht erreichten. In Breslau lief der vor zwei Jahren abgeschlossene Vertrag zu Bruch. Als unsere Kollegen forderten bei einem neuen Vertragsabschlusse 3 Stundenlohn und die neunmündige Arbeitszeit; sie arbeiteten bisher bei 50 s zehn Stunden. Die Verhandlungen gingen sehr lange hin und es schien, als ob ein Kampf unumgänglich sei. Die „Christen“ beider Richtungen brannten schon darauf, im Kampfe in den Ritten zu fallen. In ganz Oberschlesien, der Grafschaft Glatz und sonstigen dünnbesiedelten Gegenden machten die Fabrikarbeiter mobil, und mit Streikbannern zu überziehen. Es war, als ob es ein Spiel, das sich jetzt angiebt der Berliner Lohnbewegung abbildet. Auch sonst kamen noch Momente in Frage, die für uns durchaus nicht günstig waren. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbunde führten zu keinem Resultat, und es wurde als letztes Mittel das Gewerkschaftsgericht der Stadt Breslau angerufen. Unter der Leitung von dessen Vorsitzenden, Dr. Gradenwitz, gelang es nach wiederholten Verhandlungen, einen Ausgleich dahingehend zu Stande zu bringen, daß für 1906 der Lohn bis zum 15. März 1907 52 s betragen solle; von diesem Zeitpunkt an bis zum 31. März 1908 55 s mit neunmündiger Arbeitszeit im letzten Vertragsjahr. Dieser ließ sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr erreichen, wenn wir nicht einen besonders hartnäckigen und langen Kampf riskieren wollten. Einige andere Verhandlungsabmachungen, die wir mit in Aussicht nehmen mußten, sind uns bisher in der Praxis nicht hinderlich gewesen. Aber noch sollte keine vollständige Ruhe eintreten. Die Fabrikarbeiter, die außer im Verband noch in einem lokalen Arbeiterverein organisiert sind, hatten ebenfalls Forderungen an Erhöhung des Stundenlohnes von 60 auf 80 s gestellt. Bei den Verhandlungen wurden sie von den Unternehmern damit betörtelt, wenn erst mit uns Ruhe und Frieden sei, so werde man mit ihnen schnell einig werden. Die Schnelle der Einigung besand aber darin, daß man sich überhaupt von ihnen nicht mehr wissen wollte. Die Folge war, daß die Fabrikarbeiter die Arbeit niederlegten. Bei den im Laufe des mehrwöchigen Kampfes abgeschlossenen Verhandlungen einigte man sich schließlich auf 70 s Stundenlohn. Als eine Folge des im Jahre 1905 in Krieg verwickelten Zweijährigen Streiks ist die Lohnbewegung des Landkreises Bielefeld im Jahre 1906 anzusehen. Die im Landkreise gesessenen niedrigen Löhne drückten fortgesetzt auch auf die Stadt selbst. Durch partiellen Streik gelang es uns hier, einen für uns sehr günstigen Abstrich herbeizuführen, wodurch eine Erhöhung des Lohnes auf 35 s pro Stunde und die zehnmündige Arbeitszeit erreicht wurde. Früher wurden 22 bis 23 s Lohn bei elfstündiger Arbeitszeit gezahlt.

In die weitere Umgebung Breslaus wurde nach jeder erfolgten Verhandlungen ein Tarif mit teilweise ganz namhaften Verbesserungen abgeschlossen. Dies Interesse mußte wegen der bisher sehr unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in drei Zonen eingeteilt werden. In Betracht kommen hier jetzt 1300 Maurer und 200 Orte. Diese Abmachungen sind insofern wertvoll, da dadurch für die Zukunft eine einheitliche Basis geschaffen worden ist, auf der weiter gearbeitet werden kann.

In Freiburg i. Schl. gelang es uns bereits, nach dreitägigem Streit einen für uns günstigen Tarif abzuschließen.

In Gottsberg, einer Stadt mit starkem Kohlenbergwerksbetrieb, gelang es leider nicht, zu festen Abmachungen zu gelangen. In erster Linie ist hieran der gleichgültig mit unserem Streik geführte Bergarbeiterstreik schuld, in dessen Verlauf circa 500 Bergarbeiterfamilien nach Rheinland-Westfalen auswanderten, wodurch statt der bisherigen Wohnungsmiet- ein Wohnungseigenthum entstand (die Stadt hat nur etwas über 9000 Einwohner), so daß die Unternehmer die unfertigen Bauten liegen lassen konnten. Aber auch sonst war dieser Streik lehrreich. Während man manchmal Rühre hat, die Kollegen zur Abreise zu bewegen, rissen sie hier aus wie Eselbader, so daß nicht einmal genügend Reute zur Stellung von Streikposten vorhanden waren und die zugereisten Streikbrecher aus dem Landesguter Streife leichtes Spiel hatten. In den letzten Wochen des Kampfes waren nur noch sechs Streikende vorhanden. Die Unternehmer waren aber doch gezwungen, den Lohn auf 36 % zu erhöhen, wenn ihnen die Arbeitswilligen nicht aus wieder davonlaufen sollten; wir hatten 38 % verlangt. Offenlich erheben sich die Gottesberger Kollegen bei Zeiten wieder von dem Schreden, der ihnen anheimend in die Glieder gefahren ist, und machen die erteilte Schlappe wieder wett; es dürfte sich sehr bald Gelegenheit dazu bieten.

Weit ernstlicher war der Ausgang eines Kampfes in Oppeln, den noch der kurze Zeit niemand, die Oppelner Kollegen inbegriffen, für möglich gehalten hätte. Wo immer noch in den letzten 15 Jahren ein Streik in unserm Gewerbe in Deutschland tobte, waren gewiß auch Oppelner Maurer als Streibbrecher daran beteiligt, und nun im Oppeln selbst der Streik! Und wenn es auch nicht gut ging, aber es ging doch; und wenn uns die hier dominierenden katholischen Baubetriebe nicht von vornherein in den Rücken gefallen wären, wäre es sogar sehr gut gegangen. Was soll man aber machen, wenn sich, wie hier, ein solcher Sachabstimmungsschieß bei den Verhandlungen, zu denen sie ausgegangen wurden, trotzdem sie nicht mitstreiften, mit Sämen und Füßen dagegen wehrt, einen böseren Lohn zu empfangen? Trotzdem gelang es uns noch dem fieseln empfangen. Maner, der nach dem 24 auf 40 - bei gleich einhalbfünfteligen Arbeitszeit festzusetzen, während vorher 6 Stunden gearbeitet wurde. Die Oppelner haben nun beschlossen, daß sie nicht nur Streibbrecher spielen, sondern auch streifen können, ansehnend haben sie sich davon überzeugt, daß das letztere ehrenhafter, und für sie auch einträglicher ist, dafür spricht wenigstens die feste Entwidung des Zweigwerkins.

Der Streik, den der Zweigverein Frechan in **Stotschiner** Lohngebiet führen mußte, war nicht leicht; er endete jedoch mit vollem Erfolg; Streikbrecher waren fast gar nicht vorhanden. Dasselbe trifft zu bei dem Streik den Lattowitzer Hölzgen in Ostrovo, wo gemeinschaftlich mit dem polnischen Berufsverband gekämpft wurde. Auch hier errangen wir einen vollständigen Erfolg. Interessant dabei war, daß alle Streikerversammlungen gemeinschaftlich in dem der Gerechtigkeit schenkenden katholischen Vereins-

Jahre über auch heute noch ihre Wirkung aus. Allerdings trifft dies nicht überall gleichmäßig zu. Es zeigt sich immer, daß, wenn ein Streik nicht die rechte Wirkung ausübt, die Unternehmer nachher um so härtnäcker werden. Dies war vor allen Dingen im Wuppertale und in Melsdorf der Fall. Der Kampf im Wuppertale wurde mit beifolgender Schärfe geführt. Die Herren glaubten immer noch, es würde ihnen gelingen, die Arbeiter wieder niederzuringen. Unsere Forderung lehnten sie sehr brüsk ab, ja, unsere Vertreter (die Bauvorstehenden) wurden gar nicht zur Verhandlung zugelassen, wurden in größter Weise beleidigt, die Arbeiter als faule Kerle bezeichnet. Das schlug dem Haß den Boden aus. Selbst die alten Zulaufmaurer, die schon 15 bis 20 Jahre in den Geschäften hielten, gingen mit in den Kampf, der dann auch nach siebenwöchiger Dauer erfolgreich zu Ende geführt wurde. Zu den letzten Verhandlungen, die durch das Elberfelder Tiefbauamt eingeleitet wurden, hatte man sich sogar die Herren Schmiedehaus von Essen und Wühlens von Düsseldorf herangeholt, die nun die für die Unternehmer verlorene Position noch durch allerhand Anstöße zu halten suchten. Besonders Herr Schmiedehaus suchte zu verhindern, daß die neunzehnhalbündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Er führte zum Beweise von der Unberechtigung dieser Forderung die faule canny-Prochüre des Reichert von Metzdorf ins Feld, und Wühlens teilte mit, in Düsseldorf habe man mit der Einführung der neunzehnhalbündigen Arbeitszeit die schädlichsten Erfahrungen gemacht, es nütze nichts. Die Unternehmer von Elberfeld-Barmen hatten vorher in einer Verhandlung schon ihre Zustimmung gegeben und die Arbeiter ließen davon auch nicht ab, der neunzehnhalbündige Arbeitslohn war errungen.

In Melsdorf traten die Kollegen ebenfalls wieder in den Kampf. Der vorjährige Streik hatte den Erfolg nicht gebracht. Die Unternehmer waren es gelungen, unter Anwendung großer Geldmittel „Arbeitswillige“ heranzubringen, und, mühte damals der Kampf verlor. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Kaum war die Konjunktur da, wurde die Bewegung auch wieder aufgenommen. Die Schwarzengassen wollten erst nicht recht, sie hatten noch die Nase vom Vorjahre hoch, aber es nützte nichts, unsere Kollegen ließen nicht nach und so wurde dann der Kampf begonnen. Die Arbeitszeiteinstellung war nun nichts weniger als einseitig; durch die schärfende Faltung der Schwarzengassen ließen sich viele Kollegen verleiten, die Arbeit weiterzuführen, und es schien, als ob der Kampf sich dadurch wieder verzetteln würde. Aber einen Bundesgenossen hatten wir; auf den wir nicht einmal gerechnet hatten, der stellte sich jetzt ein. Die Unternehmer hatten nämlich auch den Dassel getrieben bei der Streiterei. Es war ihnen wohl noch in frischem Gedächtnis, welche Schwierigkeiten die früheren Kämpfe ihnen gebracht, und so suchten schon vier Unternehmer vor Beginn des Streiks Fühlung mit der Lohnkommission; es fand eine Verhandlung statt mit dem Ergebnis, daß die zehnundzwanzig Arbeitszeit, sofort 33 s., ab 1. April 1907 55 s. bewilligt wurden. Hierab großer Nachdruck in Schachmacherreisen. Eine sofort einberufene Versammlung der Unternehmervereine sollte über die Vier ihr Urteil sprechen; aber es kam anders, als Prüfung und Seitenhaken sich das Gedächtnis hatten. Die Mehrheit der Herren hatte den Spieß festsitzt: „Es steht uns lang zum Gasse heraus“, hatten einige schon erklärt. Die Unternehmerversammlung wählte nunmehr eine Kommission, die mit den Arbeitern verhandeln und einen Arbeitsvertrag abschließen sollte. Dieser kam dann auch zu Stande, mit denselben Sägen, wie sie schon mit den vier anderen Unternehmern vereinbart waren.

Erschienen wollen wir auch noch den Streik in Schwelm. Hier hatten wir im Vorjahre einen längeren Kampf abbrechen müssen, ohne einen größeren Erfolg erzielt zu haben. Mit drei Firmen war eine Verständigung auf zehn Stunden und 47 s. Stundenlohn erzielt worden. Gleich nach Beendigung des Wuppertaler Kampfes gingen wir den Herren dieses Jahr wieder an die Kat; schroffe Zurückweisung war ihre Antwort.

Es mußte also noch einmal gestampft werden. Diesmal war die Situation aber für uns günstiger. Während 1905 im Wuppertale große Arbeitslosigkeit herrschte und die Arbeitslosen von dort die Bauten in Schwelm besetzten und damit den Streik verhinderten, waren wir nunmehr in der Lage, die freitenden Schwelmer Kollegen im Wuppertale an Arbeit zu bringen. Wir brauchten auch nicht zu befürchten, daß von dort Streikbrecher nach Schwelm gehen würden. Die Unternehmer waren denn auch ganz hoff, als ihre Maurer die Bündel schnürten und nach Barmen-Elberfeld gingen.

Eine Verhandlung, die durch die Essener Zentrale (die Schwelmer Unternehmer gehören dem Essener Bunde, Zweigstelle Hagen, an) veranlaßt wurde, scheiterte an der Weigerung der Herren, die neunzehnhalbündige Arbeitszeit zu bewilligen. In einer zweiten Verhandlung erklärte sich die Mehrheit der Schwelmer mit der neunzehnhalbündigen Arbeitszeit einverstanden, aber die Zentrale wollte davon nichts wissen. Dann fand eine Verhandlung des Einigungsamtes in Hagen statt mit negativem Resultat. Unterdes regnete es immer schon in die leere Hände der Schwelmer-Bauten hinein. Zweierweiter Verhandlung des Einigungsamtes in Hagen erklärten die Herren aus Essen, daß sie gar nicht in der Lage seien, die neunzehnhalbündigen zu bewilligen, da es Verzicht des Bundes sei, prinzipiell von den zehn Stunden nicht abzugeben. Im den Lohn begann eine schärfliche Pfeilschere; die Schwelmer Herren hätten gern bewilligt, aber die wogener befristeten dann bei ihren Schwundlöhen unter noch größerem Leutemangel leiden zu müssen. Schließlich wurde die Sache dem Gesamtvorstand des Bundes unterbreitet, der aus den circa 55 Ortsvorsitzenden der Ortsvereinigungen und dem Bundesvorstand besteht, und die Herren lehnten es auch ab, für Schwelm die neunzehnhalbündige Arbeitszeit zu bewilligen. Weil man aber durch einen solchen Beschluß noch lange keine Maurer nach Schwelm brachte, die Bauten auch nicht allein fertig werden wollten, so half man sich zuletzt damit, daß man es den Schwelmer Unternehmern freistellte, eigenmächtig die neunzehnhalbündige Arbeitszeit zu bewilligen. Der Bund könne von seinem prinzipiellen Standpunkt nicht

abgehen. Uns kann es schnuppe sein, ob der Vertrag den Segen des Bundes erhalten hat oder nicht, wir haben die neunzehnhalbündigen erreicht und einen Lohn von 55 s.

Im Hirtale war schon im März der Streik ausgedehnt. Die Schwarzengassen hatten es abgelehnt, gemeinsam mit unserem Verbande Forderungen zu stellen, um nicht in sozialdemokratischen Geruch zu kommen. Sie forderten nur 40 s., während unsere Kollegen 43 s. forderten. Ihre Hoffnung, daß sie nun als die sieben Kinder von den Unternehmern empfangen würden, wurde allerdings zu nichts gemacht. Die Vangehaltigen des Hirtales leben noch in dem Bohn, allmächtig zu sein und nach Arbeiterorganisationen und Arbeiterwünschen nicht fragen zu brauchen. Jede Verhandlung wurde uns sowohl wie auch den Schwarzengassen abgelehnt. Ein Schachmacher von Köln hatte den Unternehmern die Versicherung gebracht, daß sie gut unterstützt würden, und die Herren schlossen sich dem deutschen Arbeitgeberbunde an. Unsere Kollegen befanden sich nicht lange; am 26. März stellten sie die Arbeit ein. Der Bezirksleiter der Schwarzengassen, Range aus Köln, erschien; um Verhandlungen herbeizuführen, um, wenn möglich, den verhassten Streik noch den Streik loszu machen zu können; der Versuch mißlang und so blieb ihm dann nichts weiter übrig, als seinen Mitgliedern den Willen zu tun und ebenfalls die Arbeitszeiteinstellung herbeizuführen. Jedoch veräumte man nicht, den Herrn Varrer von dem Stande der Dinge zu unterrichten und dessen Zustimmung einzuholen. Der Kampf zog sich ziemlich lange hin. Eine Verhandlung unter Leitung des Herrn Bürgermeisters von Arweiler scheiterte, weil die Unternehmer nur nach Leistung befragten und dem „leistungsfähigen“ Maurer 38 s., ab 1. November 40 s. zahlen wollten. Da wir mit dieser Verkaufslust schon schlechte Erfahrungen gemacht haben, auch die Herren an ihre Zugeständnisse noch allerschwer für die Arbeiter unannehmbar Bedingungen knüpfen, blieb nichts übrig, als den Kampf weiterzuführen. Er wurde nach neunwöchiger Dauer abgebrochen, da sich mittlerweile aus der Umgegend von Coblenz und aus der Pöfelfel eine Anzahl Streikbrecher eingefunden hatte, womit es den Unternehmern gelang, die dringenden Arbeiten fertigzustellen. Auch die Faltung der Schwarzengassen trug nicht unwesentlich zu dem Ausgange des Kampfes bei. Gleich in den ersten Tagen annoncierte man in den Zeitungen, daß die schwarze Streikleitung bereit sei, Arbeiten in eigener Regie von den Bauherren anzunehmen, was zur Folge hatte, daß eine ganze Reihe von größeren und kleineren Reparaturen und Umbauten von den freitenden Christlichen ausgeführt wurden, wodurch die Unternehmer entlastet wurden. Die Geschichte geht soweit, daß der christliche Vorstand sich als Baugeschäft etablierte und heute noch selbständig arbeitet. So zählt die Gesellschaft noch mehr Ausbeute.

Zimmerlin ist die zehnundzwanzig Arbeitszeit allgemein und der Lohn von 40 s. durchweg bezahlt worden, so daß immerhin unsere Kollegen einen bedeutenden Erfolg erzielt haben. War doch vorher elfstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 30 bis 34 s. üblich. Öffentlich holen unsere Kollegen in diesem Jahre das übrige nach, damit auch im Hirtale menschenwürdige Zustände angebahnt werden.

Über die Bewegungen in Köln und Düsseldorf ist feinerzeit berichtet worden, und brauchen wir wohl nicht mehr näher darauf einzugehen.

Die Unternehmern unseres Gaus, die in einer Anzahl Verbände aufgenommensehnen, haben im vorigen Herbst Verbindung mit dem Essener Bauarbeiterbunde gesucht und gefunden. Es ist ein Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe von Rheinland und Westfalen mit dem Sitz in Essen, Direktor Schmiedehaus, gegründet worden, der auch im neuen Jahre seine Tätigkeit begonnen hat. Bei den Verhandlungen in Solingen, die vor einigen Tagen stattfanden, war die Essener Leitung durch Schmiedehaus und Schulte-Elberfeld vertreten und griff in die Verhandlungen ein. Viel Gutes brauchen die Bauarbeiter von dieser Koalition nicht zu erhoffen.

Die Agitation war ziemlich umfangreich. Die Frühjahrsausgattung wurde in einigen Orten sehr gut, in vielen Bezirken aber nur sehr mäßig durchgeführt. Es fehlt unter den Mitgliedern zu sehr an dem nötigen Verständnis, oft auch an dem guten Willen, tatkräftig mitzuarbeiten. Eine große Anzahl ist der Meinung, es genüge schon, wenn sie ihre Beiträge zahlen. Der Versammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig. Ja, wenn eine Lohnbewegung bevorsteht, dann kommen sie, die Versammlungen in Köln und anderen Orten, die zu diesem Zweck abgehalten wurden, waren wirliche Massenversammlungen. Ist die Geschichte vorüber, sind die Verträge abgeschlossen, dann geht die Hummelkeit wieder los. Es ist denn doch höchste Zeit, daß hierin einmal Wandel geschaffen wird. Mehr Lust und Liebe zur Mitarbeit, mehr Idealismus für die Sache, die wir vertreten, ist vor allem notwendig. Wollen wir die Welt erobern, dann müssen wir auch etwas dazu tun, die gebotenen Tugenden können heute keinem mehr ins Maul geflogen.

Die „Christlichen“, wie sich die Zentrumsgewerkschaften nennen, haben auch im letzten Jahre Fortschritte zu verzeichnen gehabt. Allerdings nach unserer Beobachtung nur in ganz geringem Maße und mit Aufwendung ganz bedeutender Kosten. Der einzige Bezirk, wo sie nennenswerte Fortschritte machten, ist der Aachener. Man muß sich von dem Stande der Bevölkerung im Aachener Bezirk und in den holländischen Grenzorten überzeugt haben, um hierfür eine Erklärung zu finden. In keinem anderen Bezirk steht die Arbeiterkraft unter einem solch wirtschaftlichen und geistigen Druck wie hier. Die Geistlichkeit herrscht dort mit dem Unternehmertum unumschränkt. Nur mit deren Zustimmung war es den Schwarzengassen möglich, die Arbeiter zu organisieren. Und diese bekamen sie. Unsere sorgfältige Aufklärungsarbeit hatte unter der Arbeiterkraft viel gewirkt, allenthalben rumorte es, und es bestand für die Ausbeuter und ihre geistlichen Zuträger die Gefahr, daß das „sozialdemokratische Gift“ ihnen an ihrem Gelsdof fühlbar werden könnte.

Deshalb legten sich die Geistlichen ins Zeug und mit ihrer Hilfe und unternehmerlicher Protektion wurden dann die Arbeiter in den christlichen Verband gebracht. Wenige Jahre vorher hatte man den christlichen Werbeapostel zurückgewiesen; unter Andringen bewirkte, daß man ihn nunmehr herbeiholte. Daß diese Organisation aber

nur zum Schut gegen die rote Flutwelle, nicht etwa zur Verbesserung der erarmungsbedingten Lage der Arbeiter gedacht war, geht aus dem ganzen weiteren Verhalten der Unternehmer wie aus dem Zentrumsführer hervor. Die Arbeiter, die den Bund hatten, aus der wirtschaftlichen Misere herauszukommen und in ihrer Organisation ein Mittel dazu erblickten, stellten die für Aachener Verhältnisse gewiß beachtliche Forderung von zehnundzwanzig Arbeitszeit und 45 s. Stundenlohn für Maurer, 35 s. für Hilfsarbeiter. Im Jahre 1905 betrug der Lohn laut unseren statistischen Feststellungen 37 s. pro Stunde. Die Unternehmer boten großmütig 40 s. für tüchtige Maurer, für Hilfsarbeiter eine zehnprozentige Lohnerhöhung. Ihre Erklärung, den besseren Mayern 42 s. und den besten 45 s. zu zahlen, kann nur als Beschwichtigungsmittel aufgeföhrt werden, praktisch hat sie keinen Wert, wie wir dies ja auch in der Folge gerade in Aachen gesehen haben. Man gestattete den Arbeitern auch in einer Nachmittagsversammlung, zu welchem Zwecke man um 4 Uhr die Baustellen schloß, zu diesem Vorschlage Stellung zu nehmen.

Als es aber den Schwarzengassen nicht gelang, ihre Mitglieder zur Annahme eines solchen erdmäßen Angebots zu bewegen, da war es aus mit der Freundlichkeit. Die Unternehmer stellten kurzerhand das Ultimatum: Entweder Annahme unseres feigsten Arbeitsvertrages oder Aussperrung. Und das Unmögliche geschah. Die Schwarzengassen wußten ihre Schicksen solange zu beschwören, ertröhen auch mit Verweigerung der Mittel zum Führen eines Kampfes, daß sie schließlich die Aufrührerischen mündtot und gefügig gemacht und den Unternehmervertrag unterschrieben haben.

Ein Versuch der freigeorganierten Bauhilfsarbeiter, den geforderten Lohn von 35 s. durchzuführen, wurde von den Zentrumsführern durch Hinfönmänderung Christlicher auf die von den Freien verlassenen Arbeitsstellen bereitet.

So ist es also der organisierten Minderheit gelungen, die so notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für 1906 zu verbinden. Denn das, was die Unternehmer ausgedehnt, aber größtenteils nicht einmal durchgeführt haben, wird von den reich geistigsten Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse mehr als überholt.

Die Lebenshaltung der Aachener Kollegen ist im vorigen Jahre leider weiter herabgesunken. Die übergroße Mehrheit ist körperlich und geistig vollständig degeneriert. Ob es in diesem Jahre anders wird? Wir meinen es von Herzen. Was an uns liegt, wird auch geschehen, um dies zu erreichen. Mögen die Kollegen des Aachener Bezirkes, aber auch aller übrigen Bezirke, dem Bauvorstande in seiner Arbeit Unterstützung leisten, mögen sie allesamt immer mehr von der Erkenntnis durchdrungen werden, daß die Befreiung der Arbeiterklasse von den Fesseln des Kapitalismus das Wert der Arbeiter selbst sein muß. Gerade die kommende Zeit wird an die Arbeiterorganisationen und ihre Mitglieder die höchsten Anforderungen stellen.

Gerade die kommende Zeit wird den Beweis erbringen, daß wir nicht nur gegen ein immer besser organisiert und dadurch auch immer widerständigeres Unternehmertum anzukämpfen haben, sondern daß im Bunde mit den Unternehmern die Zentrumsgewerkschaften, sekundär zu dem Zwecke, die Arbeiter von der Sozialdemokratie abzuhalten, jeden Versuch der Arbeiter nach größerer wirtschaftlicher und politischer Freiheit zu nichte zu machen suchen. Dieser schon verurteilten die Zentrumsführer, die Forderungen möglichst gering zu gestalten, in letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo „christliche“ Gewerkschaftsführer über zu weitgehende, maßlose und unberechtigte Forderungen sich erregen. Und es liegt die Befürchtung nahe, daß mit der immer größer werdenden Zahl der christlichen Angestellten die Differenzen in dieser Beziehung zahlreicher werden. Wo heute einige Duzend christlicher Mitglieder zusammen sind, wie in unserem Bezirk im Wuppertale, im M.-Gladbacher Bezirk, da werden Beamte angestellt; auch in Köln, wo man kaum soviel Mitglieder hat, um einen Beamten halten zu können, wird der zweite angestellt. Bei einer solchen Vergrößerung der Mittel ist es leicht ersichtlich, daß die Herren für den Lohnkampf nicht viel zurücklegen und deshalb auch immer das Bestreben haben, selbst auf die Gefahr hin, für die Arbeiter nichts Annehmliches zu erreichen, mit den Unternehmern in Frieden zu leben.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist auch das Plärren nach einem Reichsarbeitsstatut, wie es noch in einer der letzten Nummern ihres Organs geschah, zu erklären. Nur ja den sozialen Frieden, wenn auch unter Verzichtleistung auf die Erringung einer menschenwürdigen Lebenshaltung für die Arbeiter, das ist das Ziel der Zentrumsgewerkschaften. Hierbei ist ihnen jedes, selbst das schlechteste Mittel recht, wenn es nur zur Erreichung obigen Zweckes dient. In Düsseldorf, Köln, Nürnberg, Königsberg, Mannheim usw. verübt man Streichbruch, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Christen nicht anerkennen wollen resp. es ablehnen, mit den Herren gemeinsam vorzugehen. Also man schreit vor dem schofelsten Mittel nicht zurück, um die Mitwirkung bei der Durchführung „sozialdemokratischer“ Forderungen zu erzwingen. Und in Aachen, wo man in der Mehrheit ist, also selbst im Falle eines Kampfes die Opfer aufbringen müßte, lehnt man die Mitwirkung der freien Gewerkschaftler ab, um die Forderungen nicht als sozialdemokratische erscheinen zu lassen und nicht in sozialdemokratischen Geruch zu kommen. Eine Niederträchtigkeit jagt die andere.

Jedenfalls wird das falsche Spiel, das von den Herren bis heute gespielt wird, von den Arbeitern immer mehr erkannt; in den fortschrittlicheren Gegenden gelingt es ihnen, wie oben schon betont, nur noch mit Aufwendung großer Geldmittel, sich eine kleine Schur zu halten, und auch dies wird nicht von langer Dauer sein. Und auch in den bisher noch dunklen Bezirken wird es allmählich heller und heller, überall gewinnt die Idee des Klassenkampfes, des Sozialismus an Boden. Sorgen wir alle, Kollegen des Maurerverbandes, daß dieser Prozeß sich immer mehr beschleunigt. Immer mehr Aufklärung über das Wesen des Kapitalismus, über seine Herrschsüßheit, und die schwarzen Wollen werden den Horizont nicht mehr verdunkeln, das befreiende Licht des Sozialismus wird die Erde beleuchten und erwärmen und mit seinen Strahlen Not und Elend bannen, Sorge und Krähel aus den Wohnungen der

Streitfrage. Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt nicht sofort, vielmehr bestimmt der § 19, daß alle vom Ausschuss benötigten Beträge am Schluss des Kalenderjahres zum Geschäftsjahre zusammengefasst und innerhalb dreier Monate ausbezahlt werden. In dringenden Fällen kann ein Voranschlag gemacht werden. Die übrigen Paragraphen regeln die Verwaltung der Gesellschaft und sind nicht weiter von Bedeutung. Das ganze Statut ist am 8. Juni 1906 genehmigt und am 1. Juli in Kraft getreten.

Nun kommt noch die eigenartige Lage des Geldmarktes hinzu, so daß die Mitglieder des Vier-Städte-Bundes zunächst mit größter Gemütsruhe die Dinge an sich heran kommen lassen können. Mit dem „Bund der Maurer- und Zimmermeister“, dessen Mitglieder unter den oben geschilderten Umständen jede Forderung hätten bewilligen müssen, ist ein Tarif abgeschlossen. Ein Kündigerdrittel für die achtzehnhundert Arbeiter.

In Hamburg haben die Kollegen schon manche Kraftprobe gewagt, diesmal hätte man aber sicher ein bißchen berber zugreifen können. Der Erfolg wäre aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausgeblieben.

Auch in Flensburg sind die Kollegen den Unternehmern gegenüber viel zu bescheiden gewesen. Nachdem es die Bauunternehmer soweit hatten kommen lassen, daß es wegen einer winzigen Forderung bei den Bauhilfsarbeiten zum Streit gekommen war, und man mit uns die ganze Zeit hindurch nutzlos hin- und her verhandelt hatte, konnte man den Unternehmern auch einmal den Standpunkt ordentlich klar machen, verdient hatten es diese Herren gewiß schon lange.

Einen außergewöhnlich guten Erfolg haben die Kollegen in Sagenow zu verzeichnen. Hier war noch bei 31 3 Stundenlohn die zehnhundertjährige Arbeitszeit üblich. Da die Unternehmer die Einführung der zehnhundertjährigen Arbeitszeit verweigert hatten und auch seiner Lohnverhöhung ihre Zustimmung geben wollten, kam es zu einer Arbeits-einstellung. Nachdem der Streit einige Wochen angehalten hatte, bewilligten die Unternehmer fast mehr als geordert war. Es wurde mit unserer Organisation ein Lohn- und Arbeitsvertrag abgeschlossen, wonach die zehnhundertjährige Arbeitszeit und eine Lohnverhöhung bis zu 11 3 pro Stunde vorgesehen ist. Gewiß ein schöner Erfolg. Außerdem haben die Kollegen in Gesehe, Oldesloe, Freese und Süderbrarup annehmbare Verträge abgeschlossen. Der Streit in Lüneburg hat den Erfolg gehabt, daß die Kollegen pro Stunde 6 3 Lohn mehr erhalten. Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht zur Durchführung gelangt. Der Streit mußte durch den Verhandlungsvorstand beendet werden, weil das Verhalten der Kollegen gegenüber der Streikleitung und dem Gewerkschaftsbund sehr war, daß es sich kaum bescheiden läßt.

Nicht unerwähnt soll die Bewegung in Schleswig-Holstein. Hier waren sämtliche Maurer, Zimmerer und Klempner schon ein paar Wochen vor Ostern ausgesperrt, weil sie nicht nach dem Willen der Meister für das laufende Jahr noch für den alten Lohn arbeiten wollten. Allen Anschein nach hatten die Unternehmer vorzugesagt, daß sich die Arbeiter schon bis Ostern bereit erklären würden, sich dem Willen der Unternehmer zu fügen. Diese Voraussetzung erfüllte sich nicht, die Aussperrten hielten treu zusammen, und so beantragten die Unternehmer, Verhandlungen einzuleiten. Als unparteiischer Vermittler stellte sich der Herr Polizeimeister Wenzel zur Verfügung. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Unternehmer wollten nur 1 3 pro Stunde-Lohnverhöhung bewilligen. Abgebrochen wurden die Verhandlungen am Vorabend des Osterfestes um 7 Uhr, um 9 Uhr, nachdem der Gewerkschaftsbund nach Hamburg abgefahren war, verlangte der Herr Polizeimeister die Kommissionsfunktion noch einmal zu sprechen. Als die Kollegen erschienen, machte der unparteiische Vermittler der Kommission die vertrauliche Mitteilung, er hätte von den Unternehmern erfahren, daß ein Streikbedrohung aus Italien nur noch auf eine Depesche warte und nach deren Empfang in drei Stunden in Schleswig einmarschieren würde. Der Polizeimeister erklärte weiter, diese Mitteilung eigentlich nicht machen zu dürfen, aber in Rücksicht auf die Aussperrten solle er einmal indirekt sein. Das eine wäre sicher, wenn die Italiener nach Schleswig kämen, so würde von den Aussperrten keine wieder in Arbeit kommen.

Am Tage nach Ostern war die Aussperrung aufgehoben, unsere Kollegen wie die Zimmerer hatten dem Polizeimeister Glauben geschenkt und sich mit dem 1 3 Lohnzuwachs zufrieden gegeben. Vor sich der folgenden unparteiischen Vermittlung ist unter allen Umständen angedacht.

Die Organisationsverhältnisse sind im Gau ziemlich die alten geblieben. Andere Organisationen kommen nur für Hamburg, Guxhagen und Garburg in Betracht. In letzterem Orte war es der Sozialverein, der uns zusammen mit den Unternehmern zwang, den Streit vorläufig ergebnislos aufzugeben. In Schleswig hat sich ein sogenannter Arbeiterbund gegründet, dem 21 unserer Mitglieder beigetreten sind.

Die Zahl der Zweigvereine ist von 81 auf 82 gestiegen. Aufgeführt haben sich die Zweigvereine in Glashütten und Gornertkirchen. Neu hinzugekommen sind die Zweigvereine in Genn Moor, Runden und Scherrebeld.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl war im Jahre 1905 10 667, im Berichtsjahre war eine Steigerung auf 12 513 Mitglieder eingetreten. Aufgenommen wurden 2719 Mitglieder, davon zum ersten Mal 2211, zum zweiten Mal 449 und zum dritten Mal 29.

Auf die vier Quartale verteilt, zeigt die Mitgliederzahl folgendes Bild:

1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
11248	13484	13260	12060

Der Rückgang der Mitgliederzahl vom zweiten zum dritten Quartal kommt fast ausschließlich auf das Konto des Zweigvereins Kiel. Hier waren viele Kollegen durch eine momentane Störung der Bauwirtschaft genötigt, den Ort zu verlassen, wodurch sich der Rückgang in der Mitgliederzahl erklärt.

Umsatz an Beitragsmarken.

	Beitragsmarken.								Arbeits-lohn-marken
	30 4	35 4	40 4	45 4	50 4	55 4	60 4		
1. Quartal	709	1190	4508	5050	4754	9754	21172	1041	
2. "	2043	3254	8478	10289	17141	33761	69152	1416	
3. "	1837	3249	6675	13273	23714	46341	19775	1040	
4. "	1915	3842	6412	9707	19882	3448	91717	1456	
Summa	6504	11585	26068	38319	65491	93344	201816	4963	

Abrechnung der Kasse.

Einnahme.		
Kassenbestand am 31. Dezember 1905	M.	6020,55
Vom Verbandsvorstand erhalten:		
a) An Beiträgen auf Grund § 8c des Statuts	"	7248,39
b) Auslagen für Streits zurückgestellt	"	1822,--
Beiträge der Zweigvereine	"	2724,95
Summa	M.	17813,89

Ausgabe.

Verantw. d. Arbeitsverdienst anderer Kollegen	M.	2320,--
Entgangener Arbeitsverdienst anderer Kollegen	"	896,78
Däten	"	2276,10
Nachgeld	"	1729,55
Bureaukosten, Heizung, Reinigung, Licht und	"	645,70
Bureaukosten	"	117,96
Druckkosten	"	364,88
Porto	"	86,25
Eigung und Revision	"	42,48
Vericherung des Vorstehenden	"	36,--
Rouffenzunehmen	"	10,--
Summa	M.	8025,95

Abschluß.

Einnahme	M.	17813,89
Ausgabe	"	8025,95
Kassenbestand	M.	9787,94
Davon per Kant betragt	"	9200,--

Gugo Kober, Vorstehender. M. Steiner, Kassierer.

Adolf Danne, Fritz Land, Fritz Schmiedede.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorstände. Der Vorstand hat man sofort an die Redaktion des „Grundstein“ Vorzugs für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß **Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann** **für die laufende Nummer berücksichtigt werden** **können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren** **Händen sind.**

An die Zweigvereinsvorstände.

Die Zweigvereine, die in diesem Jahre ihren Jahresbericht als Prospekt gedruckt herausgegeben haben, bitten wir, uns davon — soweit es noch nicht geschehen ist — zwei Exemplare zu übersenden. Die Redaktion des „Grundstein“.

Ungetreuer Kassierer.

Der frühere Kassierer Gustav Heitz in Senftenberg hatte 16 Beitragsmarken à 40 4 unterschlagen. In dem Termin vor dem Aussigser in Senftenberg am 28. Februar wurde er zu 9 3 Geldstrafe, eventuell drei Tage Gefängnis, verurteilt. Sein jugendliches Alter rettete ihn vor einer Gefängnisstrafe.

Dresden. Am 21. Februar tagte im „Trionon“ eine ziemlich gut besuchte Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Entstehung des Sozialismus. 2. Gesellschaftsangelegenheiten. Ueber den ersten Punkt referierte Kollege Paul an Stelle des erkrankten Genossen Dr. Dauter. Auf eine Wiederbegehung des Vortrages im „Grundstein“ können wir uns jedoch nicht einlassen; über ihn können wir nur sagen, daß er in die Versammlung kam. In der Diskussion sprachen die Kollegen Heinen und Friedrich. Im zweiten Punkt der Tagesordnung erläuterten die Kollegen Friedrich und Neumann verschiedene Anträge zum Verbandstage. Der Vertrauensmann, Kollege Wacker, gab bekannt, daß die Bau-delegierten die Sammelkassen vom Bureau abgeholt hätten. Sodann wurde beschlossen, in diesem Jahre mehrere Sommerfeste abzuhalten. Kollege Kolle griff nochmals auf den gebotenen Vortrag zurück und sprach den Willen aus, daß dieser solche bildenden und belehrenden Vorträge stattfinden möchten. Außerdem aber sollten die Kollegen auch die Bibliothek fleißig benutzen, damit sie sich Wissen erwerben und den Gegnern zu jeder Zeit entgegen treten könnten, wenn es gälte, die Arbeiterrechte zu verteidigen.

Forchheim. Am 17. Februar tagte in Forchheim eine öffentliche Bauerverammlung. Als Referent war Kollege Biegler-Kürnberg erschienen. Eine Anzahl Forchheimer Kollegen wohnten der Versammlung ebenfalls bei, ebenso eine Handvoll christlicher Maurer und circa zehn bis zwölf Angehörige der christlichen Zerstörer aus Forchheim, die sich auch einen Referenten aus Nürnberg, Herrn Pöckler, mitgebracht hatten. Kollege Biegler streifte in kurzen Zügen die Entstehung der Gewerkschaften und führte den Anwesenden klar vor Augen, wie notwendig es sei, sich der Organisation anzuschließen. Das Referat wurde mit stürmlichem Beifall aufgenommen. Als erster Diskussionsredner führte Kollege Lehner aus, daß dem Referat nichts mehr hinzuzufügen sei, nur wünsche er, daß die Kollegen von Forchheim samt und sonders mitbestimmen möchten, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Als zweiter Diskussionsredner kam Herr Pöckler. Er erklärte sich mit den Ausführungen unseres Referenten ein-

verstanden. Dann ging er aber auf die Sozialdemokratie los, die er als Verfechterin der Religion bezeichnete. Ferner meinte er, sämtliche freien Gewerkschaften seien Sozialdemokraten, was unter den Anwesenden große Unruhe hervorrief. Vom Vorstehenden aufgefordert, zur Sache zu sprechen, da der Referent mit feinen Worten die Religion gestreift habe, machte er es kurz und forberte die Anwesenden auf, sich zur Verbesserung ihrer Lage der christlichen Gewerkschaft anzuschließen, was unter den Anwesenden schallendes Gelächter hervorrief. Aber es schlossen sich sämtliche anwesenden Forchheimer Kollegen dem Zweigverein Forchheim des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands an. Nun kam als dritter Redner der Ortsgeistliche an die Reihe. Er machte es nicht anders als sein Vorredner. Er lenkte ab, daß die freie Gewerkschaft im Fahrwasser der Sozialdemokratie liege, und daß die Sozialdemokratie noch nichts für die Arbeiter getan hätte. Es entstand nun eine große Unruhe, so daß der Ortsgeistliche sein Referat unterbrechen mußte. Nur der Umstand einiger unserer Kollegen war es zu verdanken, daß der Tumult nicht in Unruhe ausartete. Nachdem die Rede einigermaßen wieder hergestellt war, fuhr der Herr Geistliche fort, daß ihm die jugendlichen Maurer schon so viel zu schaffen machten. Erst als er sah, daß sich alle anwesenden Kollegen dem „sozial demokratisch“ genannten Verbande anschließen, meinte er, daß diese Handlungswiese „tief beauerlich“ sei. Die Herren Christlichen mußten dann ihrem Referat un-verrichteter Sache wieder abgeben, darob große Empörung, der sie auf dem Heimwege durch verschiedene Rupeien Luft machten.

Berne-Recklinghausen. (Jahresbericht.) Während im allgemeinen im Berichtsjahr im größten Teile des Bezirks eine gute Bauwirtschaft herrschte, war sie in Recklinghausen und einer Teile der Umgebung in der ersten Hälfte des Jahres weit unter mittelmäßig. Es ist dies eine Erscheinung, die in Recklinghausen alljährlich zu beobachten ist. Zum Teil rührt das wohl daher, daß es sehr schwer hält, die Bauwirtschaft zu erhalten, obgleich stetig Mangel an Wohnungen vorhanden ist. Meistens liegt die Konjunktur erst im Frühjahr herum ein. Daß die Haus-agrarier versuchen, die Bauwirtschaft zu hemmen, um durch den Wohnungsmangel höheren Mietzins zu erzielen, ist eine Tatsache, die hier noch schlimmer in Erscheinung tritt als anderswo. In der zweiten Hälfte des Jahres war allenthalben Mangel an Arbeitskräften vorhanden, da namentlich der Frühjahrszug vorüber war, erhebliche Zuwanderung nicht mehr erfolgte. Windstills 300 Kollegen hatten während des Sommers mehr untergebracht werden können. Auch die Situation war im allgemeinen wieder sehr stark, am stärksten jedoch in Recklinghausen. Hier wird's geradezu zur Katastrophe. Die Hauptursache ist wohl in den durchweg sehr rauchigen Holzverbänden zu suchen. Aber auch die geistige Atmosphäre des Ortes trägt sehr wesentlich dazu bei, daß Kollegen in größerer Zahl sich nicht dauernd niederlassen oder auch nur längere Zeit verweilen. Auch das Fehlen eines Versammlungsortes macht sich recht fühlbar und ist auch hier eine der Ursachen zu suchen. Es wäre daher Pflicht der in Frage kommenden Zentralverbände oder der Generalkommission, baldigst Mittel zur Schaffung eines Lokals zur Verfügung zu stellen, andernfalls an ein schnelleres Wachstum und Erhalten der Gewerkschaftsbewegung vorerst nicht zu denken ist. Zwar haben wir dieses Jahr das Gewerkschaftshaus in Recklinghausen-Süd bekommen, jedoch ist seine Lage so, daß die Mitglieder keinen oder nur sehr geringen Gebrauch davon machen kann. Uns allen diesen Ursachen ist es auch erklärlich, wenn der Mitgliederzuwachs nicht sehr groß ist. Die durchschnittliche Mitgliederzahl liegt von 502 auf 588, also 86 mehr. Die Beitragsleistung betrug 40 Wochen. An dem Mitgliederzuwachs sind lediglich kleinere Orte beteiligt; so liegt in Södingen die Zahl der Mitglieder im Sommer von 5 auf 63, in Söls von 4 auf 41. In Datteln brachte uns die Tätigkeit eines von den „Grünen“ zu uns übergetretenen Kollegen 23 Mitglieder; vorher hatten wir dort nichts. Auch Gattrop, Rangel und Serren nahmen einen guten Aufschwung, während Recklinghausen-Süd infolge sehr geringer Bauwirtschaft um mehr als die Hälfte zurückging. Auch die Zahl der Neuaufnahmen ist geringer als im Vorjahr, 322 gegen 438; zu den 322 kommen noch 93 Übertritte von den Grünen. Unorganisierte Maurer sind in weitaus der Zahl nicht mehr vorhanden, außer in Münsterländer Fürstentum, wo es für uns sehr schwer hält, Boden zu fassen. Bevor dort die Industrie nicht vordringt ist, für uns nicht viel zu holen. In Gerne und Recklinghausen waren bei einer im Sommer vorgenommenen Zählung außer den Polieren 67 Unorganisierte vorhanden. Erfreulicherweise ist eine Erhaltung der Organisation nach unten zu verzeichnen. Nicht nur, daß die Beitragszahlung viel besser geworden, auch die Zahl der Kollegen, die energisch an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten, ist größer geworden. Auch der Versammlungsbesuch ist dort, wo wir Lokale haben, durchweg befriedigend. Es wurden 6 öffentliche und 91 Mitglieder-versammlungen abgehalten. Die Beitragsleistung eines Teiles der Unternehmern wird wohl am besten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß 109 Fälle von Differenzen in 32 Sitzungen der Schlichtungskommissionen ihre Erledigung fanden. Außerdem wurden noch 39 gerichtliche Klagen anhängig gemacht, wovon 33 mit vollen, 2 mit teilweisem und 2 ohne Erfolg endeten. Die Zahl der Verhöre gegen den Beitrag sind aber bedeutend größer. Leider ist es nicht immer möglich, die Unternehmern zu fassen, weil unsere Kollegen selbst aus Unkenntnis der Bestimmungen des Vertrages sich oftmals recht ungeschickt benehmen und dadurch der Zweigvereinsleitung die Waffen zum Vorgehen gegen den Unternehmern aus der Hand nehmen. Auch die Verschleppungen — parobon Schlichtungskommissionen tragen wesentlich dazu bei, daß ein Teil des Unternehmerns mit immer größerer Dreistigkeit versucht, den Vertrag zu brechen. Diese Einrichtung ist für uns tatsächlich zum Hemmnis geworden. Eine Ausnahme macht nur die Recklinghauser Kommission. Auch zwei Baupreiser waren im Berichtsjahre notwendig. So mußte der Bauunternehmer Warup in Recklinghausen-Süd gebort werden, weil er sich weigerte, einigen unserer Kollegen sowie den Bauhilfsarbeitern den vertrags-mäßigen Lohn zu zahlen. Die Sperre dauerte drei Wochen und endete mit vollem Erfolg für uns. Die andere Sperre betraf den Bauunternehmer Köbler in Gerne. Dieser weigerte sich im Herbst, die Baubünde in guten Zustand bringen zu lassen und einen Ofen hineinzuweisen. Hier kam es jedoch gar nicht zur Arbeitsniederlegung, da noch während der letztjährigen Kündigungsfrist unserer Wünsche Rechnung getragen wurde.

Kosten sind durch beide Parteien nicht entstanden, jedoch wurde Kollege Wendler wegen Verleumdung des Unternehmers Warndom vom Schöffengericht zu A. 100 Geldstrafe verurteilt. Die Anklage war von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse erhoben worden. Überhaupt erörtern wir uns in Necklinghausen der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Behörden, speziell der Polizei. Wo durch Zufall einige unserer Kollegen in einer Wirtschaft oder sonst irgendwo zusammenkommen, wittert die Polizei eine nicht angemessene Versammlung. In einer derartigen „Versammlung“ in Hils gab es sogar eine Polizeiblast nach dem Haus — nicht Myster, sondern es lag Verwundung. Auch noch in anderer Weise macht sich die Tätigkeit der Polizei bemerkbar. Unser Organisationsleiter wollte sich in Necklinghausen ein ganzes Haus auf mehrere Jahre mieten, um einer Wohnung sicher zu sein. Der Vermieter jedoch sah auf Zureden eines Polizeibeamten ein, daß er als christlich-frömmel Mann einem Sozialdemokraten sein Haus nicht vermieten dürfe, und so war Necklinghausen wieder einmal vor dem Zirkuskarren geritten. Der Bauarbeiterdilettant liegt im allgemeinen noch sehr im Argen, wenn auch eine weitestgehende Besserung gegen früher konstatiert werden kann. Die Verbände und Aborte befinden sich zum allergrößten Teile noch immer in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet. Auch im Gerüstbau, Herstellung der Beträge usw. wird zum Teil ein Verfall an den Tag gelegt, der erschreckend ist. Auch werden sehr häufig die Walleinstände nicht, obgleich die Wälle ein durchaus wertvolles Teil der Tätigkeit für die Behörden. Es soll auch anerkannt werden, daß es dort, wo sie ihre weitestgehende Aufgabe nicht in unserer Beschäftigung sehen, wie in Seine- und Mangel, hier auf unsere Veranlassung hin Mängel schaffen. Leider muß aber auch konstatiert werden, daß ein wesentlicher Teil der Schuld an den traurigen Zuständen die baugewerblichen Arbeiter selbst trifft und vor allem unsere christlichen Kollegen. Anstatt mit uns gemeinsam vorzugehen, beschließen sie in Necklinghausen, wo uns bekanntlich ein Vorkauf nicht zur Verfügung steht, uns von der Mitarbeit zur Schaffung kommunaler Vorrichtungen auszuschließen. In einer öffentlichen Bauhandwerkerversammlung, die von den Christen zu diesem Zweck einberufen war, sollte unser Kollege Wendler nicht einmal das Wort bekommen. Ein von uns geleiteter Antrag, gemeinsam beim Magistrat vorstellig zu werden, gelangte durch das brutale Vorgehen des Vorsitzenden, des „christlichen“ Arbeiterführers Krieger, nicht zur Abstimmung. Ein späteres schriftliches Angebot, drei unserer Kollegen mit in die Kommission aufzunehmen, wurde ebenfalls abgelehnt. Doch es den Necklinghäuser Christen nicht Ernst war mit ihrem Vorgehen, erhebt sich daraus, daß sie bis jetzt noch nichts getan haben, trotzdem bereits fast ein Jahr verstrichen ist. Ähnlich ging es in Sern. Hier hatten wir die Initiative ergriffen. Die „Christen“ lehnten es jedoch ab, mit uns gemeinsam zu handeln. Wir werden daher auch für dieses Jahr auf uns allein angewiesen sein. Die Bauausführer sind für das Jahr 1907 nicht so glücklich, speziell Necklinghausen wird eine sehr schlechte Konjunktur haben. Größere Bauten sind nicht in Aussicht, das Privatkapital ist aufzufällig dem Baumarkt zurückgefallen. In den anderen Orten wird die Konjunktur dadurch besser werden, daß die Kohlenpreise die Errichtung größerer Kolonien vorsehen haben. Im allgemeinen wird die Bautätigkeit kaum über mittelmäßig hinausgehen. Es ist deshalb notwendig, daß unsere Kollegen schon jetzt mit Energie und Umsicht in die Agitation eintreten, um die Organisation zu fördern und zu stärken.

Kiel. Mittwoch, den 20. Februar, tagte die Generalversammlung des gesamten Zweigvereins, um den Jahresbericht entgegenzunehmen. Der Zweigverein hatte im vergangenen Jahre eine Zunahme von 788 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 1903, im Juli betrug sie 2834. Im ganzen sind 2771 Kollegen zugerechnet, 1906 abgereist, 12 gestorben und 357 neu aufgenommen. Die Klassenverhältnisse haben sich folgendermaßen gehalten. Die Einnahme für die Hauptliste betrug A. 37.299,59, die Nebenzahlung A. 24.583,64, so daß ein Klassenbestand von A. 12.715,93 verbleibt. Versammlungen haben im Berichtsjahre 71 stattgefunden, davon entfielen auf Kiel 23, Gaarden 24, Schöndörfer 12 und Vordehsholm 12. Im allgemeinen waren die Versammlungen sehr gut besucht. Nachdem noch im Jahresbericht auf einige Mängel betreffs Baubelegerungen und Arbeitslohn bekannt gegeben wurde, wurde zur Gesamtvorstandssitzung gelitten. Das Resultat war, daß der bisherige Vorstand mit großer Majorität wiedergewählt wurde. Hierauf wurde der Vorstand entlassen. Auf Antrag von Vertrauensmännern wurde eine Wahlkommission, bestehend aus den Kollegen Steffens, Borep und Klüber, gewählt, die etwaige Veränderungen gegen den Vorstand zu unterbreiten hat. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Generalversammlung.

Mümel. Am 21. Februar tagte unsere Mitgliederversammlung, in der zunächst Kollege G. Schwarz einen Vortrag über das Thema: „Wie ist dem Arbeiter am besten zu helfen?“ hielt. Die Versammlung beschäftigte sich eingehend mit dem kürzlich hier erschienenen Verein der Klausenreifer, der unter der Firma „Christlicher Verband“ sein Dasein fristet. Mit der Vorprüfung, die Mitglieder des Vereins wurden im Herbst am längsten beschäftigt worden, hat man kürzlich zwei Tugenden von dieser Seite zusammengebracht. Dieser „christliche“ Klausenreifer hat mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, der für 1907 einen Stundenlohn von 48 S. und für 1908 von 50 S. vorsieht. Wir können uns um diesen Vertrag nicht. Die Zahl unserer Mitglieder beträgt über 70, wir haben es also nicht nötig, uns von diesen Leuten den Lohn ausmachen zu lassen. Nach einer Debatte über Klassenangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Rawitsch. Am 17. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die bei gutem Besuch zunächst die Wahl des Vorstandes vornahm. Sodann nahm man zur Gründung eines Baufonds Stellung. Die Lokalverhältnisse sind für uns hier andauernd so mißlich, daß es für die Gewerkschaften geradezu zur Lebensfrage geworden ist, sich bald eine Unterkunft zu schaffen. Wir werden zum 1. Oktober wiederum obdauern. Nachdem sich die anderen Gewerkschaften schon für die Gründung dieses Fonds ausgesprochen hatten, sehen auch unsere Kollegen ein, daß kein anderer Ausweg vorhanden ist. Es wurde beschlossen, Sammelkassen auszugeben, damit man auch länger festhalten kann, wer sich in dieser wichtigen Sache Opferwillig gezeigt hat. Kollege Adam gab ein gutes Beispiel,

indem er sofort A. 3 zum Baufonds zeichnete. Sonst wurde nichts weiter von Belang verhandelt und die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Saalfeld. Eine fast beschlossene Versammlung der Bauarbeiter Saalfelds fand am 21. Februar statt. Sie beschloß sich mit der Lohnfrage für das Jahr 1907. Im vorigen Jahre begnügten wir uns damit, den von den Unternehmern vorgelegten Tarif bis zum 1. April 1907 anzuerkennen. Als wir nun in diesem Jahre wieder an die Unternehmer herantreten, um mit ihnen auf friedlicher Bahn die Lohnfrage zu regeln, erhalten wir am 14. Februar ein Schreiben, in dem sie jede Unterhandlung und jede Lohnaufbesserung strikte ablehnen. Die Versammlung beschloß hierauf, den von der Lohnkommission vorgelegten Tarif einzuerkennen und mit voller Energie zu verteidigen. Berufssolgent G. H. nun: Eure heilige Pflicht, die Läden unserer Organisation noch so auszufüllen, daß wir bei einem eventuellen Kampfe den Unternehmern gefolgt gegenüberstehen, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß wir zum letzten Mittel, das wir zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen besitzen, greifen müssen. Nicht umsonst haben sich die Unternehmer von Saalfeld, Rudolstadt, Blankenburg und der ganzen Umgegend zusammengeschlossen. Sollten sie schließlich eine allgemeine Aussperrung in Szene setzen? Nun, wir warten es ab. Nicht nur mit einer Lohnaufbesserung dürfen wir uns zufrieden geben, es gibt auch sonst noch sehr viele Mißstände, die nur durch eine gesunde Organisation beseitigt werden können, denn auf Unterstützung der Behörden brauchen wir nicht mehr zu rechnen. Bringen sie wirklich einmal ein Gesetz heraus, das dem Arbeiter Vorteile bietet, dann sieht es immer nur auf dem Papier. Ein Beispiel dafür bietet das Bauarbeitergesetz für Meiningen, das mit dem 1. Januar 1907 in Kraft getreten ist. Gelingt es uns, unsere Organisation so auszubauen, daß wir auch die uns noch fernstehenden Kollegen für unsere Ideen gewinnen, dann sind wir es, die die vielen Mißstände beseitigen, die ihre gesetzlichen Forderungen stellen und sie auch zur Durchführung bringen können.

Schnitz. Die heilige Mitgliedschaft hat sich glänzend entwickelt. Es sind sämtliche Maurer und auch der größte Teil der Bauarbeiter bis auf einige alte Schmarwensmaurer organisiert. Das einzige Schwermut ist die „hohle“ Krummerndorf. Das ist darauf zurückzuführen, daß sie bis vor kurzem zu Dresden gehörte; es konnte infolgedessen nicht der nötige Druck ausgeübt werden. Nun, nachdem sie zu uns gehört, wird es auch hier anders werden. Schon in der Zeit zeigt sich die Besserung. Es wird uns auch hier gelingen, im Laufe des Frühjahres auch den letzten Maurer dem Verbande zuzuführen. Die Bautätigkeit wird auch in diesem Jahre äußerst reg, da infolge der vorjährigen Aussperrung, die in Angriff genommenen Bauten nicht fertiggestellt werden konnten und eine große Anzahl für dieses Jahr geplant ist, darunter wird die Zentralhalle der Stadt Schnitz eine bedeutende Anzahl Maurer erfordern. Dazu kommt noch ein großer Fabrikneubau, der sich infolge des Großfeuers in der Zementfabrik von May & Co. notwendig macht. Die Kollegen werden die Gelegenheit ausnützen, um die Organisation weiter auszubauen und zu festigen. In einer Linie werden sie darauf bedacht sein müssen, das System der Baubelegerungen gleich bei Beginn der Saison besser auszubilden als im vorigen Jahre. Ebenfalls ist dem Bauarbeiterdilettant mehr Interesse zu widmen. Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1906 um 47 gewachsen, sie beträgt jetzt 234. Im März wurden verkauft: 332 Vertragsmarken à 30 S., 7525 à 35 S. und 849 Arbeitslohnmarken. Im die Hauptliste konnten A. 2753,86 abgezahlt werden. Der Bestand der Kasse liegt von A. 339,86 auf A. 562,07.

Wiesbaden. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war in der Stadt Wiesbaden nicht so stark wie in den vorhergehenden Jahren, was zum Teil auf die in Kraft getretene neue Bauordnung, zum Teil auch auf eine Überproduktion an Wohnhäusern zurückzuführen ist. Es kamen zur Auslieferung in 1906 an Witten 32, Wohnhäusern 68, An- und Umbauten 198, Hinter- und Nebengebäude 28, Schuppen, Ställe usw. 116, in 1906 an Witten 21, Wohnhäusern 74, An- und Umbauten 75, Hinter- und Nebengebäude 12, Schuppen, Ställe usw. 48; in beiden Jahren wurden noch mehrere große Anstaltshäuser gebaut. An Wohnhäusern wurden in Wiesbaden erzählt am 1. Dezember 1905 5670 und 86 Gütern mit 21.176 Wohnungen. Davon waren bewohnt 5516 Wohnhäuser und 86 Gütern mit 23.330 Wohnungen, während 160 Wohnhäuser mit 546 Wohnungen leer standen. Rechnet man die Bevölkerungszunahme von 4341 Personen im Jahre 1905 und die 1046 Ehefehlungen, so kann man zu der Annahme gelangen, daß die Bautätigkeit normal war. An Gebäuden wurden durch Kauf umgelegt 323 mit einem Kaufwert von A. 39.247.407,54. In den unterliegenden Ortschaften war die Bautätigkeit reg, so daß viele Kollegen in den Ortschaften Beschäftigung erhielten. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden erledigt in acht Vorstandssitzungen und 22 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses. Zweigvereinsversammlungen wurden sieben abgehalten, vier Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen. In den Bahnhallen wurden vom Ausschuss befürwortet 20 Versammlungen und 24 Versprechungen. In den Sektionen wurden abgehalten acht Versammlungen mit den Hülfsleuten und 42 mit den Zementarbeitern. Vorträge wurden zehn gehalten; fünf in Zweigvereinsversammlungen und fünf in beschiedenen Bahnhallen. Sitzungen der Schlichtungskommissionen haben drei stattgefunden; es wurden darin behandelt: der Arbeitsbeginn um 7 Uhr an den Montagen, die Arbeitseinstellung beim Maurermeister G. Sörre und die Aufrechterhaltung der Baubühnenarbeiter. Bauvertrauensmännern haben zwei stattgefunden, und zwar die erste von neun, die zweite von 15 Stellen besetzt. Mit dem Vorstand und Lohnkommission der Bauarbeiterhülfskommission wurden vier Sitzungen abgehalten und zwei Warenaufnahmen beantragt, von denen die erste gut, aber die zweite anfangs, Dezember, sehr mangelhaft ausgeführt wurde. Kartellkassen wurden neun und kombinierte Sitzungen mit dem Kartell und Gewerkschaftsvorständen fünf besucht. Von den Fragearten über Arbeitslosigkeit, die an alle Mitglieder ausgegeben wurden, gingen nur 200 wieder ein. Lohnbewegungen

wurden eingeleitet in Erbenheim, Schierstein, Eltsville und Angering und der Sektion der Hülfsleuten, während es infolge der starken Fluktuation auf den Baustellen bei den Zementarbeitern nicht gelang, diese in so großer Zahl dem Verbande zuzuführen, daß in eine Lohnbewegung einzugetreten werden konnte. Das Resultat der Lohnbewegungen war in Erbenheim, die mündliche Zusage der Unternehmer, den Lohn, wie er in Wiesbaden gezahlt wird, zu zahlen, bei gleicher Arbeitszeit. In Schierstein wurden die Lohnforderungen eingesandt an die Unternehmer. Es wurden hierauf noch drei Versammlungen abgehalten, die von sieben, drei und einem Kollegen, die in Schierstein arbeiteten, besucht waren. Unter diesen Umständen konnte an eine energische Durchführung der Lohnforderung nicht gedacht werden, zumal einige Unternehmer den Lohn von 18 S. nach der Zufassung der Lohnforderung zahlten. In Eltsville wurde die Lohnforderung am 25. April eingereicht; es war aber wegen der sehr schlechten Baubaukonjunktur nicht möglich, die Forderung durchzuführen. Erst am 5. August gelang es, nachdem 30 Kollegen bei einer Firma die Arbeit eingestellt und die Arbeitsgelegenheit sich bedeutend gebessert hatte, einen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen; wodurch sofort eine Lohnsteigerung von 2 S. erzielt wurde, der für 1907 nochmals eine solche mit 2 S. folgen soll, so daß am 1. Juli 1907 in Eltsville und Umgebung ein Stundenlohn von 46 S. bei achtstündiger Arbeitszeit gezahlt wird. Für die Sektion der Hülfsleuten wurden im Juli, durch Vertrag, mit den Inhabern der Hülfsgelegenheiten die Vorschläge und die Arbeitszeit geregelt. In Differenzen mit den Unternehmern ist noch die Baupreise beim Maurermeister. Dem wegen Entlassung des Baupreises beim Maurermeister und der Exzesse über die Firma „Komet“ aus Eltsville wegen Verweigerung des tarifmäßigen Lohnes für Hülfsleuten zu erwähnen. Zu größeren Differenzen hätte es sehr leicht durch die Lohnbewegung der Baubühnenarbeiter und den von diesen zu diesem Zweck verhängten Sperren kommen können. Durch die Vermittlung der Schlichtungskommission ist diese Bewegung zum Teil zu Gunsten der Baubühnenarbeiter verlaufen. Eine größere Auswanderung wurde im März in allen größeren Orten, zwischen Langensalzwahlbach, dem Marial bei St. Goarshausen veranlaßt, ohne einen nennenswerten Erfolg zu erzielen. Dieser Mißerfolg in den Orten um Langensalzwahlbach war auch der Grund, daß die Lohnbewegung dort nicht durchgeführt werden konnte, trotz der guten Bauperiode, die 1906 in Langensalzwahlbach war. Die Bauperiode erlebte sich durch 421 Eingänge und 2145 Ausgänge. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahr von 1301 auf 1491 in 30 Bahnhallen und Kassen, gegen 23 Bahnhallen und Kassen in 1905. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptliste aus Eintrittsgeldern und Beiträgen einschließlich A. 443,70 für Wälder, Kalender usw. betrugen A. 28.394,10. Die Einnahme für den Zweigverein einschließlich des Kassenbestandes von 1905 betrug A. 13.078,45 und die Ausgabe A. 8455,16, so daß das Gesamtjahr mit A. 4593,29 Kassenbestand abschließt.

Wien. Am 17. Februar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die aber hätte besser besucht sein können; nicht einmal die Kollegen aus der Stadt waren vollständig erschienen. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandssitzung erhielt der Kollege Wiedmann 23 Stimmen. Nach erledigter Wahl wurde die Lohnfrage besprochen. Der Lohnkommission wurde aufgegeben, einen Stundenlohn von 40 S. und die achtstündige Arbeitszeit zu fordern. Hierauf wurde die Einlassierung der Beiträge in den unterliegenden Ortschaften geregelt; es meldeten sich hierzu einige Kollegen freiwillig. Auf Antrag des Kassierers wurde sodann beschlossen, die Versammlungen jeden ersten Sonnabend nach dem 15. im Monat abzuhalten und sie acht Tage vorher im „Grundstein“ bekannt zu machen.

Island.

Ingarn. Aus Budapest wird berichtet, daß am 7. Februar neben einigen anderen Organisationen der Fachverein der Maurer auf Anordnung des Ministers des Innern polizeilich aufgelöst worden ist. Die Bücher wurden konfisziert. Die ungarischen Arbeiter haben ein ganz besonderes „Recht“ von „Reaktionsrecht“. Sie dürfen sich nicht vereinen, aber die Vereine dürfen für Streikzwecke keine Gelder sammeln und keine Streiklisten zur Unterstützung ihrer Mitglieder führen. Damit haben sich die Organisationen bislang abgefunden, gewohnt, und zwar so, daß Streikende oder Aussperrte, soweit überhaupt Mittel vorhanden waren, nie ohne Unterstützung geblieben sind. Nun sind die Budapest-Maurer schon seit dem Herbst vorigen Jahres ausgesperrt, und noch jetzt, nach monatelangen harten Entbehrungen, weisen sie Standhaft die ihnen von den Bauwerkern angedrohten Arbeitsbedingungen zurück. Das mag den Exzessen Weistern und auch den Behörden stark auf die Nerven gefallen sein, und die ersten werden wahrscheinlich frohlocken in dem Glauben, nun wäre der letzte Widerstand der Maurer gebrochen. Hoffentlich haben sie zu früh gejubelt. Daß der Minister den Bauwerkern eine Gefälligkeit hat erweisen wollen, dürfen wir nicht annehmen; er wird der Meinung gewesen sein, daß die Organisation der Maurer eine verbotene Streikliste führe. Doch selbstverständlich wird ihm aber kaum gelingen, sondern aus den konfiszierten Büchern wird sich klar ergeben, daß die Organisation die gesetzlichen Bedingungen erfüllt. Nach dieser Richtung hin ist die Auflösung gewiß ein Schlag ins Wasser und dies Wasser wird durch diesen Schlag gewiß nicht auf die Mühlen der Unternehmer geleitet.

Spanien. In Madrid sind die Maurer in den Streit eingetreten; sie fordern die achtstündige Arbeitszeit und eine entsprechende Lohnsteigerung. Im Verlauf des Streiks ist es bereits zu Zusammenstößen gekommen, wobei ein Maurer von der Gendarmerie getötet wurde.

Beiträge zum Lehrlingswaisen.

San Hamburg.

Im Gau Hamburg sind nach dem vom Bauverband angetragenen Ermittlungen 1888 Lehrlinge beschäftigt. Bei den Unternehmern, die Lehrlinge beschäftigen, stehen 9057 Gesellen

in Arbeit. Wie sich die Zahl der Lehrlinge und Gesellen nach den verschiedenen Landesteilen verteilt, zeigt folgende Tabelle:

Landesteil	Lehrlinge	Gesellen	Auf 100 Gesellen Lehrlinge	Auf 1 Lehrlinge Gesellen
Schleswig-Holstein ..	668	1819	36,72	2,73
Hannover	260	928	28,17	3,55
Mechlenburg	164	400	38,50	2,60
Hamburg u. Umg.	794	6623	12,88	7,77
Hamburger Landgebiet ..	292	82	28,08	8,56

In den großen Städten werden nur wenige Lehrlinge ausgebildet. Namentlich ist die Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zu den Gesellen in Hamburg sehr gering. Am meisten ist die Lehrlingszahl, soweit der Gau Hamburg in Frage kommt, in Mecklenburg zu Hause, wovon die oben angegebenen Durchschnittszahlen lange kein klares Bild liefern. Obenan stehen in dieser Beziehung die Orte Lübeck und Hagenow. Und ohne jedoch wiederum die ersten Stimmungen durch abnorme Lehrlingszahl zur Hebung des Handwerks beizutragen. In Mecklenburg werden die Lehrlinge hauptsächlich zur Vorbereitung des Erbschafts benutzt. In den Lehrlingsverträgen ist eine Bestimmung enthalten, wonach sich der Lehrling und dessen Eltern oder Vormünder diese Verwendung der Arbeitskraft der Lehrlinge gefallen lassen müssen. Namentlich hat Schwerin (zum Gau Lübeck gehörig) in dieser Beziehung eine traurige Verhältnisse bei der mecklenburgischen Maurerzunft erlangt. Die Lehrlinge beträgt zum größten Teil drei Jahre, doch ist auch in manchen Orten eine vierjährige Lehrlingszeit üblich, oder, wie in manchen Teilen in Schleswig-Holstein, in der letzten Zeit neuerdings. Das letztere trifft u. a. für Elmhorn, Pinneberg und Jenseburg zu. Begründet wird diese lange Lehrlingszeit mit dem Wunsch der Fortbildungsschule, obwohl die Unterrichtszeit in die späten Abendstunden fällt oder der Sonntag hierfür vorgezogen ist. Eine auffällige Erscheinung gegenwärtig ist in Schleswig zu beobachten. Hier haben die Unternehmer nach der letzten Aussperrung einige Bauhilfsarbeiter und ländliche Tagelöhner angeworben, noch im vorgedrungenen Alter das Maurergewerbe zu erlernen. Diese tätigen „Lehrbuben“ erhalten an Stundenlohn bis zu 38 Pf. Sie sollen vornehmlich bei einer neuen Bewegung als Streikbrecher benutzt werden. Der Stundenlohn für Lehrlinge beträgt im Durchschnitt:

	Im 1. Lehrjahre	Im 2. Lehrjahre	Im 3. Lehrjahre	Im 4. Lehrjahre
Schleswig-Holstein ..	5-15	8-20	12-30	10-18
Hannover	6-12	7-15	8-20	10-18
Mechlenburg	5-8	8-11	9-15	14-16
Hamburg u. Umg.	7-10	9-12	11-15	—
Hamburger Landgebiet ..	7-10	10-12	13-15	—

Einen eigentlichen theoretischen Fachunterricht erhalten die Lehrlinge nur in den größeren Städten. Namentlich so ist es auch mit dem allgemeinen Fortbildungsschulunterricht bestellt. Wohl versucht man in kleinen Städten und Flecken, den Lehrlingen Fortbildungsschulunterricht zu teil werden zu lassen, aber meistens bleibt es bei einem Versuch. Ein positiver Erfolg wird nicht erzielt. Dieser Mißerfolg ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß der Unterricht nach vollkommener Tagelohnarbeit, wenn die jungen Leute geistig und physisch ermüdet sind, abgehalten wird, teilweise jedoch auch darauf, daß es an den notwendigen Lehrkräften fehlt. Die große Mehrzahl der aus dem Lande wohnenden Lehrlinge — selbst die in der Stadt arbeitenden — genügt keinen Fortbildungsschulunterricht.

Auch bei der praktischen Ausbildung der Lehrlinge wird überall, in der Stadt wie auch auf dem Lande, reichlich gespart. In den großen Städten bringt es die Wühlerei bei der Arbeit mit sich, daß sich die Gesellen um den Lehrling, der neben ihnen steht, nicht kümmern oder sogar oftmals ungehalten darüber sind, daß ihnen der „Junge“ im Wege steht. In den kleinen Städten und auf dem Lande werden die Lehrlinge die halbe Lehrlingszeit hindurch und noch viel länger zu allen möglichen Arbeiten herangezogen, nur nicht zu solchen Arbeiten, bei denen sie sich zum tätigen Handwerksverdienst ausbilden können. Am schlimmsten ist es nach dieser Richtung in den kleinen Städten und ländlichen Orten, wo die Lehrlinge noch bei den Unternehmern Roh und Logis als Entschädigung bekommen. Hier werden die Lehrlinge oft als Hausknechte behandelt. Auf der Baustelle wird der Lehrling Tag ein und Tag aus als Handlanger beschäftigt; nach Feierabend und am Sonntag muß er Feld und Garten bestellen, und wenn alle diese Arbeit getan ist, muß er noch der Frau Weibchen das Wäddchen für alle eilen. Daß es dann nach Abwicklung einer solchen Lehrlingszeit den jungen Kollegen an der notwendigen Fertigkeit zur Ausübung ihres Berufes fehlt, ist selbstverständlich. Mit diesem Umstand versuchen sich die Unternehmer dann aber in der Weise abzugeben, daß den unfähigen, aus der Lehre entlassenen jungen Kollegen die denkbar niedrigsten Löhne geboten werden. Wenn Abbruch der Tarifverträge kann man es häufig von den Unternehmern hören, daß die Junggelehrten damals geringer bezahlt erhalten sollen, weil sie noch nichts können. Ganz ungerecht geben die Unternehmer in solchen Fällen zu, daß die Lehrlinge in der Unternehmung nicht genügend gelernt haben. Es wird oft auch mit der größten Gewissensruhe der Standpunkt vertreten, daß es für den Lehrling zweckmäßig sei, Handlangerarbeiten zu verrichten. Vor einigen Jahren hat mir sogar ein alter Zunftler erklärt, er bedauere, daß die Lehrlinge heute so wenig zu Handlangerarbeiten angehalten würden; er wäre froh und stück dabei geworden. Auf meine Frage, wie er sich bei den Handlangerarbeiten genügend Ausbildung habe aneignen können, erklärte dieser alte Kopfweiber stolz, dazu hätte er später in Hamburg als Geselle Gelegenheit genug gefunden.

Die Tätigkeit der Handwerkerschmiede, die für den Gau Hamburg in Betracht kommen, in Altona, Jenseburg und Garburg, befaßt sich hauptsächlich mit der Ueberwachung der sogenannten Gesellenprüfungsordnung. Diese wird mehr oder minder streng befolgt; aber eine besondere Wirkung auf die Verbesserung des Lehrlingswesens wird hierdurch nicht ausgeübt. Die Lehrlingsprüfung ist überhaupt nur als eine leere Form zu betrachten. Die sogenannten „Einschreibe- und Ausschreibegeldern“, die die Lehrlinge oder deren Eltern an die Zimmungen zahlen müssen, sind ebenso wie das Bezahlgeld, das sich die Unternehmer an manchen Orten in Be-

tragen bis zu M. 100 zahlen lassen, weiter nichts als eine besondere Ausbeutung des ohnehin genügend geschädigten Lehrlings oder seiner Angehörigen.

Es ist mit Freude zu begrüßen, daß sich der nächste Verbandstag mit der Lehrlingsfrage befaßt wird. Bei gutem Willen muß es uns mit der Zeit gelingen, den richtigen Weg zu finden, um die Mißstände im Lehrlingswesen auszuräumen. Die bisher dieser Frage gegenüber an den Tag getragene Gleichgültigkeit muß schwinden; wir haben alle Ursache, uns um den jungen Nachwuchs im Gewerbe zu kümmern. Hugo Kober.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 8. bis 9. März sind eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Alt-Bleislin M. 100, Saarland 100, Summa M. 200.

Einkaufserlöse: Altona M. 500, Stuttgart 400, München 300, Leipzig 300, Hamburg 200, Waldmiedelbach 200, Düsseldorf 200, St. Pauli 150, Münster 100, Berlin 100, Salzmünde 100, Gohlfeld 100, Meißel 60, Eppelheim 60, Rütter a. Wg. 50, Summa M. 2780.

Altona, den 9. März 1907.

Karl Meißel, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterlohn, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorfällen, Vorfällen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Altenburg. Ein schweres Baumglück ereignete sich am 6. März an dem Anbau der Theaterbühne in der Neuen Welt. Durch Einsturz eines Gerüsts sind vier Arbeiter, die Maurer Franz Werfer aus Kauerndorf, Bruno Schlotte (Neugasse), Ernst Kothke (Neue Welt) und Alfred Diege (Kauriger Gasse) verunglückt. Alle vier haben neben äußeren auch innere Verletzungen erlitten. Am schwersten verletzt sind Werfer und Kothke, die mittels Sanitätswagens in ihre Wohnung gebracht wurden. Diege und Schlotte konnten mit Hilfe ihrer Kollegen den Weg nach ihrer Wohnung, wenn auch unter Anstrengung, selbst zurücklegen. Herr Dr. Beyer leistete die erste Hilfe. Ausgeführt wird der Bau von der Firma Freund & Kähler, Polier ist Heinrich Schmidt. Die Ursache des Gerüststurzes ist nicht in zu schwachem Gerüstholz zu suchen, sondern in einem innerlich morschen Stück des sogenannten Reghols. Das Stück Regholz, das in der Mitte des Gerüsts in Höhe des zweiten Stockwerkes in ungefährer Höhe von 8-9 m angebracht war, sah äußerlich ganz gesund aus, wechelte auch sein Antlitz an demselben genommen wurde. Man sah es ihm leider nicht an, daß es innerlich morsch war und ein solch schweres Unglück verursachen würde. Eine Ueberlastung des Gerüsts war nicht vorhanden.

Naun. Ein Baumsturz, der wieder einmal grenzenloser Unkenntnis und Gleichgültigkeit zu danken ist, hat sich am Montag, den 4. März, auf dem Bau Berger ereignet. Dieser Bau wird vom Gemeindevorsteher des Ortes, der nicht die geringste Ahnung vom Bauwesen haben kann, geleitet und wurde Anfangs Dezember wegen schlechter Behandlung der dort arbeitenden Kollegen gesperrt. Es fand sich aber bald ein nicht organisierter Maurer mit seinem Sohn, der aus der Maurerlehre gelaufen ist, um den Rest der Arbeiten fertigzustellen. Von diesen beiden wurde auch eine Betonbohle der Zeit freigestellt hergestellt und während der Freigabe ausgeschalt. Jetzt, nachdem die Witterung etwas wärmer geworden und der Beton aufgetaut ist, posierte ein Arbeiter das Gerüst, daß er auf die Decke trat und mit ihr durchbrach. Er lag dabei so schwere innere Verletzungen zu, daß er mittels Drochse vom Bau nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. Wäre die Arbeit einem Sachkundigen übertragen worden, so wäre das Unglück vielleicht nicht geschehen.

W. u. m. Schwere Verletzungen zog sich am 5. März ein Maurerpoller am Neubau der Zeche „Zohringen“, Schacht 3, in Grotte dadurch zu, daß er aus schwindelnder Höhe herabfiel. Seine Verletzungen sollen lebensgefährlich sein. — An der Schlesischen Bauerei stürzte am 6. März der Maurer Johann Weise 3 m tief herunter. Ein nachfallender Balken geriet ihm in den Kopf. Die Arbeitskollegen wandten sich an fünf hiesige Verze, aber alle waren verhindert; der eine führte dieien, der andere seinen Grund an. Es war ja nur ein Arbeiter, dem man helfen sollte. Wenn ein reicher Bürger oder höherer Beamter in seinen Schmerzen dagelegen hätte, wären jedenfalls alle zur Stelle gewesen. Zuletzt wandte man sich an Dr. Gieseler. Dieser war sofort bereit, dem Verletzten seine Güsse zu bieten, legte einen Notverband an und ordnete die Ueberführung ins Krankenhaus an. — Der Maurer Friedr. Wisting verunglückte am 7. März auf der Schulzischen Fabrik in Grotte schwer. Der Verunglückte war vom Unternehmer Medmann der Fabrik, die wegen ihrer hohen Löhne und guten Behandlung berüchtigt ist, überwiesen und beim Transport von Säure beschäftigt. Hierbei plagte ein Ballon, und die Säure ergoß sich über das rechte Bein des Wisting. Auf einer Handlanger (1) des Werkes wurde der Verunglückte nach dem eine halbe Stunde entfernten Krankenhaus gebracht. Es ist geradezu unerhört, einen mit solchen Schmerzen ringenden Arbeiter auf einem derartigen Befehl zu transportieren. War die Fabrik oder die dicht daneben befindliche Polizeiwache nicht im Besitze eines Krankentransportes, so ist dies ein eigentümliches Zeichen für die viel geriefene Sozialpolitik.

Düsseldorf. Am Neubau des Unternehmens Eymann, belegen in der Oststraße, stürzte am 2. März der Kollege Ernst Bademüller, der am Dachstuhl mauerte, das eine Ausladung von mindestens 80 cm hatte, 13 m tief herunter. Der Bauernmeister erlitt schwere innere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Wenn die Baupolizei die Forderungen der Arbeiter be- willigte und beim Ueberhandnehmen in jeder Etage ein Schutzgerüst anbringen ließe, dann wäre ein derartiger Unglücksfall unmöglich. Doch auf die Erfüllung dieser Forderung durch die Stadt Düsseldorf können die Bauarbeiter wohl noch bis auf den St. Zimmerleinstag warten.

Essen (Ruhr). Am 4. März stürzte der am Neubau Hülser & Kuhlmann in der Kommenstraße in Essen-West beschäftigte Zimmermann Bruno Sammler aus der zweiten Etage in die Tiefe. Schwere Kopf- und Beinverletzungen waren die Folgen. Die Ursache des Unfalles ist in den mangelhaften Schutzvorrichtungen zu suchen. Der zur Unglücksstelle gerufene Arzt Dr. Breit, der allem Anschein nach vom Bauarbeiterstand nichts versteht, noch weniger die Protokolle der Unternehmer kennt, die darauf hinauslaufen, den Bau unter Außerachtlassung der einfachsten Schutzvorrichtungen nur schnell hoch zu bekommen, führte den Unfall auf den „Montag“ zurück. Unsere städtischen Krankentransporte scheinen auch für genöthigte Arbeiter zu gut zu sein, da man den Schwerverletzten auf einem Spitzentransporte zum Krankenhaus transportierte.

Hannover. 4. März. Nachmittags. Beim Anbringen eines Schutzgerüsts am Giebel des zweiten Geschosses an einem Neubau in der Knibstraße, ausgeführt vom Maurermeister Julius Müller, verunglückte durch Zusammenbruch des angubringenden Schutzgerüsts der Maurer Otto Böder. Nach kurzer Zeit war er eine Leiche.

Lieberten. Am 8. März führten der Techniker E. Weh und der Maurer Giebel beim Abbruch einer Scheune in die Tiefe. Beide erlitten Verletzungen an den Beinen, so daß sie in ihre Wohnungen gebracht werden mußten. Der Grund des Absturzes konnte noch nicht genau festgestellt werden.

Oberkür. Im hiesigen Eisenbahntunnel stürzte der Maurer Reichardt, der mit Reparaturarbeiten beschäftigt war, vom Gerüst herunter und erlitt einen Genickbruch, an dessen Folgen er unter den Händen der Verze verschied. R. stammt aus Schlegien, wo auch seine Familie — Frau und mehrere kleine Kinder — jetzt noch weilt.

Oberkür. Am 25. Februar ereignete sich in Verkingen bei den Unterführungsarbeiten ein Unfall. Bei dem Uebertragen eines Trägers, wobei sechs Mann beschäftigt waren, verlor sich das nicht genügend verstreute Gerüst und der Träger, der schon mit einem Ende in die Mauer eingesunken war, fiel aus einer Höhe von 2,80 m herunter. Der Kollege Georg Fischer erlitt hierbei schwere Querschnitten am Oberkörper, die seine Ueberführung mittels Wagens in seine Wohnung notwendig machten.

* Gerüsteinsturz vor Gericht. Gegen die Regeln der Baukunst sollen der Maurerpoller Peter Hänel und der Maurer Schürmer aus Angenfelde dadurch verurteilt haben, daß beide ein Gerüst, auf welchem Maurerarbeiten ausgeführt werden sollten, nicht mit der nötigen Sorgfalt aufgeführt, so daß das Gerüst beim Gebrauch zusammenbrach. Sie hatten sich deshalb am 7. März vor der Strafkammer in Altona zu verantworten. Der Maurerpoller P. hatte die Aufsicht über den Neubau eines Wohnhauses. Der Bau war soweit fertiggestellt, daß nur noch eine Sohlbank bei einem Fenster in dem unteren Stockwerk einzufügen war. Als die Sohlbank auf einer Leiter auf das Gerüst gezogen wurde, löste sich durch die ungenügende Erstüttung des Gerüsts, die durch das Herausfallen des Steines hervorgerufen wurde, eine Kette, wodurch ein Cuerbalken herabfiel, zerbrach und sieben Maurer in die Tiefe schmettete. Es hatten sich vier Maurer schwer und drei leicht verletzt. Die Strafkammer der Angenfelde soll nun darin liegen, daß sie die losgeratene Klammerleiste anstatt in dem Längsholz neu einzuschlagen, in ein altes Loch einschlagen und ferner, anstatt die Sohlbank auf einem Giebelwagen aufzugeben, eine Leiter dazu benutzt zu haben. Der Polier führte zu seiner Entschuldigung an, daß er noch einen anderen Bau zu beaufsichtigen gehabt hätte und infolgedessen nicht die nötige Aufmerksamkeit dem Gerüst hätte zuwenden können. Der Staatsanwalt hält diese Angelegenheit der Gefährlichkeit in ihrem Verufe für überflüssig. Ein Glüd wäre es nur für die Angenfelde, daß das Unglück nicht noch größer geworden sei, was strafmindernd für die Angenfelde ein Gewicht fälle. Er beantragt für P. eine Geldstrafe von M. 100 und gegen Sch. eine Woche Gefängnis. Nach längerer Beratung erkennt der Gerichtshof gegen jeden der Angeklagten auf eine Geldstrafe von M. 30.

Ans anderen Berufen.

Angewöhnliche Opfer

Offingen gegenwärtig die Mitglieder des Deutschen Holz- arbeiterverbandes; um die Absicht der Holzindustrie, die Arbeiterorganisation kampfunfähig zu machen, zu durchkreuzen. Der Holzarbeiterverband ist gegenwärtig in eine Reihe großer und schwerer Kämpfe verwickelt; außer der großen Aus- scheidung in Berlin, bestehen solche noch in Kiel und Burg b. Magdeburg. Weitere Aussperrungen sind angedroht in Hannover, Düsseldorf und Köln. In anderen Orten, wie z. B. in Leipzig, Dresden, Berlin und Guben, haben die Unternehmer die bestehenden Verträge gekündigt, offenbar zu dem Zwecke, die ihnen günstig erscheinende Gelegenheit zur schwersten Schädigung der bis auf den Tod gehaltenen gewerkschaftlichen Organisation nach Möglichkeit auszunutzen.

In dieser Zeit heißen Kämpfe hat es nicht erst des Eingreifens und der Anregung des Verbandsvorstandes bedurft, um die nicht von Aussperrungen betroffenen Mitglieder zu höheren finanziellen Leistungen zu bewegen, sondern freiwillig haben viele Zunftstellen ihre wöchentlichen Beiträge bedeutend erhöht! So zahlen die circa 18000 Berliner Holz- arbeiter, die in Arbeit geblieben sind, einen Wochenbeitrag von M. 1,90, die in Kiel von M. 1,75, die Zunftstellen Hamburg- Altona M. 1,20, viele andere M. 1 usw. Das ist ein er-

bestendes Beispiel echter Arbeiterkollektarität; mit solchen Kämpfern wird die Schachmachergesellschaft im Holzgewerbe nicht fertig werden.

Wir Maurer aber wollen uns dies gute Beispiel vor Augen halten, wenn wir in wenigen Wochen in Götting zusammenzutreten, um zu beschließen, wie wir den künftigen Plänen unserer Unternehmer durch eine forcierte Munitionsvermehrung entgegenwirken können. Hauptsächlich trägt uns unsere Überzeugung an, wenn wir bei unseren Kollegen dieselbe Solidarität, denselben kampfbereiten Optimismus voraussetzen, wie ihn die Holzarbeiter jetzt so schön betätigen.

*** Konflikt im Hamburger Hafen.** Allen Anschein nach erleben wir schon in den nächsten Tagen eine allgemeine Ausbeziehung der Hamburger Hafenarbeiter. Als sich bei der letzten Matinee auch die Hafenarbeiter (Schaukelleute) in imposanter Zahl an der Arbeitsruhe beteiligten, folgte, wie in anderen Häfen, auch hier prompt eine zehntägige Ausbeziehung. Die Schaukelleute reagierten hierauf nicht mit weitgehenden Forderungen und Arbeitsbeeinträchtigungen, sondern sie gingen nach Beendigung der Straffreiheit an die Arbeit, als sei nichts passiert. Bald darauf beschlossen sie aber, die Nacharbeit (nach 10 Uhr) zu verweigern; in erster Linie aus gesundheitlichen Rücksichten, wiewohl durch auch mit der Begründung: hat es sehr Tage lang ohne Tag- und Nacharbeit gegangen, dann wird es fernerhin wohl immer ohne Nacharbeit gehen. Die Meeder mögen zuerst etwas verdutzt gewesen sein, sie machten aber gute Miene zum bösen Spiel. Als aber der Herrs herantam, verlangten zunächst einige Firmen die Wiedereinführung der Nacharbeit, welches Verlangen später von noch anderen und seit einigen Wochen von mehreren Reedern, Clauen zc. gestellt wurde. Die Schaukelleute haben dies Ansinnen bisher konsequent abgelehnt, worauf seit den letzten Tagen einige Hundert ausgeheert worden sind. Man spricht schon heute davon, daß bald alle Hamburger Schaukelleute, etwa 6000, in Mürze ausgeheert und durch England ersetzt werden sollen. Mehrere Hundert englische Streikbrecher sind schon eingetroffen, sie werden wie früher auf Schiffen und in Schuppen in Massenquartieren untergebracht und von der Polizei bewacht.

*** Der Verband der hantewerblichen Hilfsarbeiter** hat im Jahre 1906 einen wichtigen Schritt nach vorwärts getan. Die in Nr. 10 seines Verbandsorgans veröffentlichte Jahresabrechnung gibt die Mitgliederzahl auf 83525 an. Das ist gegenüber der Zahl am Schlusse des Jahres 1905 ein Zuwachs von 28078, ein Erfolg, mit dem sich der Verband wohl sehr freuen kann. Eine ebenso entschieden fortschreitende Tendenz zeigt die finanzielle Entwicklung. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug einschließlich eines Restbetrages von M. 232119,57 M. 1285105,58, wovon M. 1003123,55 auf wöchentliche Beiträge entfielen. Die Gesamtausgabe der Hauptkasse betrug M. 715293,24, wovon auf Zwecke der Lohnbewegung im eigenen Beruf M. 429257,50 entfielen; für andere streikende Berufe gab der Verband M. 23500 aus, davon allein für die Bauarbeiter Wiens M. 20000. Für Reichsleitung und Unterstützung betrug die Ausgabe ungefähr M. 51000. Genau können wir es nicht feststellen, da in der Zeitung, die wir erhielten, einige Zahlen beim Druck ausgefallen sind. Das Verbandsorgan kostete M. 33829,25, an Gehältern wurden M. 10655,90 gezahlt. Der Restbetrug der Hauptkasse beträgt M. 569812,22, der der Zweigvereinskassen M. 254374,81; insgesamt hat der Verband also ein Vermögen von M. 824187,03, womit er das Vermögen seit dem vorigen Jahre um M. 426249,63 vermehrt hat. Der größte Zweigverein ist Berlin mit 13256 Mitgliedern, ihm folgen München mit 5604, Dresden mit 3950, Leipzig mit 3000, Breslau mit 2865, Hamburg mit 2823, Bremen mit 2300, Götting mit 2166 usw.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung

*** Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Offener Einigungsamtes vom 26. Februar 1907.** Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß die neue Lieberichsliste über das Tarifgebiet fertiggestellt sei und zum Preise von M. 4,50 pro Stück vom sozialpolitischen Bureau der Stadt Essen zu beziehen sei. Sodann machte der Gauleiter Stahl auf einen Irrtum in dem Protokoll der Sitzung vom 23. Juni v. J. aufmerksam. Er betrifft die Arbeitszeit im Lohngebiet Linna. Es müsse richtig heißen: Die Arbeitszeit sei von der dortigen Schlichtungskommission für die Zeit vom 16. März 1906 bis zum 16. März 1907 auf zehn Stunden verlängert worden. Sie betrage vom 16. März 1907 auf zehn Stunden. Der Schlichtungskommission Linna soll hier von Mitteilung gemacht werden. Falls sie nicht innerhalb acht Tagen Widerspruch erhebt, soll die Verdrängung gemäß dem Antrage Stahl angenommen und dies den beteiligten Organisationen mitgeteilt werden.

Aunmehr wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Es wurde bezüglich der Bildung einer neuen Schlichtungskommission in Geseberg für die Kemter Gewerkschaft, Ennepe und Haspe beschlossen.

Für die Kemter Ennepe, Mißpe undörde wird eine besondere Schlichtungskommission mit dem Etpe in Ennepe gebildet. Geseberg und Haspe bleiben der Schlichtungskommission Gagen i. B. zugezogen. Der Gewerkschaftsbeamte Mißpe-Gagen teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß ihn die Schlichtungskommission Schwerte als gewählten Obmann zu den Sitzungen nicht zulasse mit der Begründung, er habe in Schwerte keinen Wohnsitz nicht, was angeblich nach dem Vertrage erforderlich sei. Die Schlichtungskommission Schwerte soll auf den einschlägigen Beschluß des Einigungsamtes vom 13. Dezember 1905 hingewiesen werden.

Ueber die Beschwerde eines Gewerkschaftsbeamten über zu langsame Arbeiten der Schlichtungskommissionen und des Einigungsamtes beschloß man, in der nächsten Sitzung des Einigungsamtes über Maßnahmen zu beraten, die zu einem schnelleren Arbeiten einzelner Schlichtungskommissionen und auch des Einigungsamtes führen könnten.

Gegen die Einbeziehung der Stadt und des Kirchspiels Bedum sowie der Ortsgemeinden Neubedum, Enningerloos und

Vellern in das Vertragsgebiet hat das Einigungsamt unteren üblich vereinbarten Bedingungen keine Bedenken.

Die Beschwerde eines Gewerkschaftsbeamten gegen den Unternehmer Fischer in Gagen wegen Zahlung vertragswidriger Löhne zeitigt folgenden Sachverhalt: In einem Schreiben an das Einigungsamt erklärt Fischer, daß er sich nicht mehr als Mitglied des Arbeitgeberbundes für das Bau- und Gewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten bezieht. Die Vertreter des Arbeitgeberbundes behaupteten, Fischer sei noch zwei Jahre an seine Mitgliedschaft gebunden. Es wurde beschlossen: Die Beschwerde wird an die Schlichtungskommission Gagen i. B. zur weiteren Beschlußfassung innerhalb acht Tagen überwiesen. Leistet p. Fischer dem Beschluß der Schlichtungskommission innerhalb acht Tagen keine Folge, so wird es den Organisationen freigestellt, ihm gegenüber zu verfahren, als ob er außerhalb des Vertrages stünde. Ist die Behauptung des p. Fischer zutreffend, daß er Mitglied des Arbeitgeberbundes nicht mehr ist, so g. nicht, er den Schutz des abgeschlossenen Kollektivvertrages überhaupt nicht und steht sowieso außer den vertraglichen Vereinbarungen.

Der Punkt 11 der Tagesordnung, betreffend Arbeitszeit in Gagen i. B., wird verlegt. Ebenso die Erörterung darüber, wie die Beschäftigung von Maurern mit anderen Arbeiten, wie Ballenabladen usw., zu regeln ist.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 23 des 35. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Deutscher Liberalismus und russische Duma. — Ausländische und deutsche Parteipolitik. Von R. Kautsky. (Schluß). — Der Breukentag. Von Leo Kronk. — Die Arbeiterpolitik der letzten Jahre in England. Von Paul Dange-Wolfsk. (Schluß). — Die „Neue Zeit“ kostet pro Heft 25 A.

Im Verlage von J. B. B. Dieb Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien. Von A. Bebel. Mit einem Vorwort Fouriers und einer Abhandlung des Herausgebers. Dritte Auflage. Im nächsten Jahre — 1908 — werden es hundert Jahre, daß Fouriers erstes Werk „La Théorie des Mouvements et des destinées générales“ (Die Lehre von den vier Bewegungen und den allgemeinen Bestimmungen), erschien. Das Fouriers Gedankenaufbauwerk Dauer verleiht und der Leser immer aufs neue anregt, ist die scharfe Kritik, die er an der bürgerlichen Gesellschaft und all ihren Erscheinungen übt, und die Ansätze, die sein Scharfsinn für gar manche wichtige soziale Einrichtung in der Zukunft der Menschheit formulierte.

Propäandierend ist auch seine Voraussage über den Charakter, den in verschiedenen Phasen gewisse Einrichtungen und Erscheinungen der Gesellschaft aufprägen. So, wenn er in der vierten Phase der Entwicklung der Zivilisation als Angelpunkt der Periode die industrielle Feudalität bezeichnet, und als ihr Gegenbild die Monopolwirtschaft, und als Ton der Stimmung der Periode die Illusionen über Monopolen voranschaut. Diese von ihm charakterisierten Merkmale treffen nämlich auf die gegenwärtige Entwicklungsperiode zu. Auch zeugt es von einem ganz besonderen Scharfsinn, daß er die ganze Periode, die er die Zivilisation nennt, mit einem Feudalismus begreift, was zu seiner Zeit schon historisch feststand, aber auch mit einem Feudalismus, dem Industrie Feudalismus, endigen läßt, für den zu seiner Zeit noch keine Spur vorhanden war.

Was an entwicklungsfähigen Gedanken im Fouriers Werk enthalten ist, hat der moderne wissenschaftliche Sozialismus in sich aufgenommen. Und das ist nicht wenig. Hier wird in Zukunft Leben erhalten, was bisher nur Theorie blieb.

Briefkasten.

A. S. 100. Das ist ja eine ganz konfuse Geschichte mit all den Vorhabern, eckeln und unehelichen Kindern, aus der kein Mensch klar werden kann. Wir fragen: Von wem hat die Gemeinde den Brief erhalten und an wen soll sie Elemente zahlen?

Z. 100. Wenn ein Zweigverein den Streik beschließt, so hat jedes Mitglied sich diesem Beschluß zu fügen; wer das nicht tut, wird wegen Streikbruchs ausgeschlossen. Das wäre ja noch nett, wenn sich die paar Mitglieder, die einen Verein mehr als den sonst üblichen Lohn erhalten, von dem Streik ausschließen könnten, ohne daß ihnen deshalb etwas gelag würde. Auch von den Verbandsmitgliedern, die schon einen Lohn erhalten, oder noch etwas mehr, wie er durch den Streik erreicht wird, soll noch etwas verlangt, daß sie sich mit den übrigen Kollegen solidarisch erklären und ebenfalls die Arbeit einstellen. Schaden werden diese Kollegen davon nicht mehr haben, wie alle anderen. Wird die Forderung durch den Streik erreicht, so wird sich der Lohn für diese Kollegen, die ja in der Regel eine Vertrauensstellung bei dem Unternehmer einnehmen, sehr bald um denselben Betrag, den sie früher mehr erhielten, erhöhen.

Dogheim, W. H. Davon ist uns nichts bekannt. **H. C. S.** Werden Sie sich vertrauensvoll an die Großhändler-Gesellschaft, Deutscher Konsumverein in Hamburg, Gröningerstraße. Dort erfahren Sie alles, was Ihnen überhaupt in der Sache gelagt werden kann.

Olsen, G. A. Die Zahl der von den Zweigvereinen zu den Vorstandssitzungen zu entsendenden Delegierten wird durch das Gagegutachten festgelegt. Wenn Sie kein Regulativ haben, so lassen Sie sich eins vom Zweigvereinsvorstand geben, da können Sie dann leicht nachlesen, was in Ihrem Falle Richter s. H.

Marientfelde, A. E. Ein solcher Ausschuß läßt sich unseres Erachtens nicht realisieren. Ausschüsse irgend welcher anderen Korporationen können niemals so ohne weiteres für die Verbandsmitglieder maßgebend sein, auch nicht ein Lokalausschuß, der vom Wahlbereich befreit ist. Wenn die Nichtbeachtung eines Votums ein Ausschußgrund sein sollte, so müßte der Zweigverein einen Beschluß gefaßt haben, der die Durchführung des Votums auch seinen Mitgliedern zur Pflicht macht.

Naustich, H. A. Wenn Sie die erste Briefkastennote in den beiden letzten Nummern des „Grundstein“ gelesen hätten, so würden Sie bald wissen, warum Ihr Bericht bisher zurückblieb.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Altenburg. Am 4. März starb unser Verbandskollege **Hermann Günther** in Pöhlitz.

Artern. Am 7. März starb unser Verbandskollege **Adam Fritzsche** aus Boitzsch im Alter von 47 Jahren.

Bremerhaven. Am 6. März starb nach kurzem Krankenlager unser Kollege **August Quast** im Alter von fast 22 Jahren an Herzschwäche.

Breslau. Am 6. März starb unser Verbandskollege **Karl Meier** im Alter von 42 Jahren an Herzleiden.

Darburg. Am 2. März starb unser Ehrenmitglied und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Adolf Köster** im Alter von 66 Jahren an Nierne.

Dammberg. Am 1. März starb unser Kollege **Wihl. Heuer** im Alter von 68 Jahren an Schlaganfall.

Am 4. März starb unser Kollege **Otto Böker** infolge eines Sturzes. Am 9. März starb nach fünf Monate langem Krankenlager **Richard Welzer** im Alter von 49 Jahren an Magenkrebs.

(Zahlstelle A. N. N.) Am 10. März starb nach langer Krankheit unser Kollege **Friedrich Wichmann** im Alter von 53 Jahren an Magenleiden.

Seinrichswalde. Am 7. März starb unser Kollege **August Werner** im Alter von 60 Jahren an Bauchfellentzündung.

Saarlouis-Mörsch. Am 7. März verschied nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege **Heinrich Fittler** an Lungenerkrankung und Verschleiß.

Siedra. Am 6. März starb unser Verbandskollege **Johann Karpe** aus Thüringen im Alter von 26 Jahren an Herzschlag.

Sebnitz. Am 4. März starb nach kurzer Krankheit unser langjähriger Mitglied **Karl Göritz** in Adels b. Sebnitz im Alter von 62 Jahren an Schlaganfall.

Magdeburg. Am 5. März starb unser treuer Verbandskollege **Hermann Schweinhagen** im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.

Mainzschaff. Am 10. März starb unser Verbandskollege **Fritz Deibert** im Alter von 52 Jahren an Herzschlag.

München-Sandhausen. Am 4. März starb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege **Georg Schlupfer** im Alter von 53 Jahren an Infark und Lungenerkrankung.

Schwabenheim. Am 3. März starb unser Kollege und Mitbegründer der Zahlstelle **Johannes Kegel** im Alter von 25 Jahren an Magenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Emden.

Die Wohnung des Kassierers befindet sich jetzt **Seemannstraße 13.** [M. 1,20]

Landau.

Der Zweigvereinskassierer **Nikolaus Stein** wohnt in der Gastwirtschaft „Stadt Heidelberg“. [M. 1,20]

Der Kollege **Otto Koch**, geb. am 15. August 1888 zu Gans - Eiche bei Gronau i. Hamm., wird wegen Krankheitsfalls dringend ersucht, seine Adresse an den Kollegen **Fritz Helwes, Gronau, Eßbr. 66**, zu senden. Die Kollegen, denen der Aufenthalt des Betreffenden bekannt ist, werden um Mitteilung gebeten. [M. 1,80]

[1,50] Weisenau b. Mainz.

Der Kollege **Fail Erk**, geb. 1. Oktober 1883 zu Oberlinn, Wundstr. 40/931, wird dringend ersucht, seine Adresse an seine Eltern in Weisenau bekannt zu geben.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandsversammlungen werden dringend gebeten, alle Verbandsversammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Donnerstag, den 17. März.

Allstedt. Nachm. 2 Uhr im „Gasthof zum Kater“ (Eins. Wege).

Bayreuth. Nachm. 3 Uhr in der „Zentralhalle“. Mitteilungsblätter mitbringen.

Grosswig. Bei Thomas. L. O.: Die Lohnfrage in Grosswig.

Montag, den 18. März.

Berlin. (Recht. Emden) Abends 8½ Uhr in der Feuerer Kasse, Bergmannstraße 6-7. L. O.: 1. Bericht der Verbandsleitung. 2. Bericht der Verbandsleitung über die Verhandlungen der Verbandskommissionen.

Zeulenroda. Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus. L. O.: Bericht der Verbandskommission.

Mittwoch, den 20. März.

Hamburg. (Gemeinterr. v. H.) Am Freitag 20. März im Gewerkschaftshaus. L. O.: Verdrängung der Lohnkommission.

Donnerstag, den 21. März.

Grünberg i. Schl. Abends 8½ Uhr in Roms Lokal.

Donnerstag, den 24. März.

Freystadt. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Saale „Zum goldenen Schwan“. L. O.: Wahl eines ersten Kassierers.

Hagenow. Nachm. 4 Uhr im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagshaus Ruer & Co. in Hamburg.